

16

16

AUG 2006

# Grüne Entwicklungspolitik: Wege in eine gerechtere Welt

Aktivitäten und Initiativen im Bundestag 2006

## Impressum

Herausgeberin	Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Platz der Republik 1 11011 Berlin www.gruene-bundestag.de	
Rückfragen	Ute Koczy, MdB (verantwortlich) Entwicklungspolitische Sprecherin, Mitglied im AwZ Tel. 030 / 227 73150 Fax 030 / 227 76079 ute.koczy@bundestag.de	Mitarbeiterin: Carole Romero Tel. 030 / 227 73148 ute.koczy.ma01 @bundestag.de
	Thilo Hoppe, MdB Vorsitzender des AwZ, Mitglied im AwZ Tel. 030 / 227 71870 Fax 030 / 227 76869 thilo.hoppe@bundestag.de	Mitarbeiter: Dr. Karl-Heinz Stecher Tel. 030 / 227 71871 thilo.hoppe.ma01 @bundestag.de
	Hans-Christian Ströbele, MdB stellvertretendes Mitglied im AwZ Tel. 030 / 227 71503 christian.stroebele@bundestag.de	Mitarbeiter: Dietmar Lingemann Tel. 030 / 227 71505 hans-christian.stroebele. ma01@bundestag.de
	Undine Kurth, MdB stellvertretendes Mitglied im AwZ Tel. 030 / 227 75223 undine.kurth@bundestag.de	Mitarbeiterin: Ariane M. Meier Tel. 030 / 227 75225 undine.kurth.ma02 @bundestag.de
	Helmut Breiderhoff Referent für internationale Strukturpolitik Tel. 030 / 227 57704 Fax 030 / 227 50153 helmut.breiderhoff@gruene-bundestag.de	
Redaktion	Carole Romero, Helmut Breiderhoff	
Bezug	Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Info-Dienst Platz der Republik 1 11011 Berlin Fax: 030 / 227 56566 versand@gruene-bundestag.de	
Schutzgebühr	1,-- €	
Redaktionsschluss	August 2006	

## Inhalt

Editorial.....	3
Weg vom Öl – die neue AG „Ressourcen“ der Bundestagsfraktion .....	5
Die AG „Globalisierung, Global Governance und Welthandel“ .....	5
Entwicklungsfinanzierung - Mit dem Haushaltsentwurf 2007 läuft die Bundesregierung der Zeit hinterher.....	6
Innovative Finanzierungsinstrumente: Keine Flugticketabgabe in Sicht - Statt abzuheben, taucht die Bundesregierung ab.....	7
Fairer und gerechter Welthandel weiterhin entscheidende Aufgabe .....	8
Gespräch im Bundestag zum Recht auf Nahrung .....	9
China: Chancen der Entwicklungszusammenarbeit .....	10
Energiesicherheit: Eine globale Herausforderung .....	12
Die Rolle der Weltbank beim Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung .....	13
G8-Gipfel stellt die Weichen in der Energiepolitik falsch .....	14
Schmutziges Öl und Gas für Deutschland – Zur Situation in den Förderländern .....	14
Naher Osten: Ausschussreise in die palästinensischen Gebiete .....	16
EU-Einsatz im Kongo mit Bundeswehr muss in langfristige Entwicklungszusammenarbeit münden.....	17
Die Menschen im Sudan brauchen dringend Schutz und Hilfe .....	18
Norduganda - Für ein Ende der Gewalt .....	19
Kenia, Ruanda, Burundi: Eine Afrika-Reise in 5 Tagen .....	20
Hunger in Niger.....	22
Soziale und ökologische Standards in der Weltbank - Standards in der IFC deutlich geschwächt.....	23
Walsterben vor Sachalin: Reputation der Osteuropabank in akuter Gefahr .....	24
Korruption bekämpfen – Transparenz bei Rohstoffgeschäften erhöhen .....	25
Lateinamerika - Aufbruch zu neuen Ufern? .....	26
Bolivien – Größere Dialogbereitschaft gegenüber neuer bolivianischer Regierung notwendig.....	27
Tsunami-Hilfe schafft für viele Menschen eine neue Perspektive – Erfolg und Misserfolg hängen auch von der Bereitschaft zum Frieden ab .....	28
Rechte indigener Völker - Die Konvention zur Stärkung von Rechten indigener Völker muss endlich ratifiziert werden! .....	29
Diaspora: Potenziale von Migrantinnen und Migranten für die Entwicklung der Herkunftsländer nutzen .....	30



## Editorial

Nach fast einem Jahr Opposition wollen wir mit dieser Publikation einen Überblick über die bisherige Arbeit der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen in der Entwicklungspolitik geben. Als neue Abgeordnete im Bundestag und entwicklungspolitische Sprecherin will ich dazu auch einige persönliche Eindrücke schildern.

Mein Vorgänger in der Funktion des entwicklungspolitischen Sprechers Thilo Hoppe nimmt nun den Vorsitz des zuständigen Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) wahr. Dem Ausschuss weiterhin verbunden bleibt Christian Ströbele, neu hinzugekommen ist Undine Kurth als stellvertretendes Mitglied. Die ehemalige grüne parlamentarische Staatssekretärin Uschi Eid ist in den Auswärtigen Ausschuss des Bundestages gewechselt und dort unter anderem für die auswärtige Kulturpolitik zuständig.

Im letzten Jahr haben wir zahlreiche Anträge und Themen in den Bundestag eingebracht. Die große Koalition hat in der Entwicklungspolitik wie auch in anderen Bereichen erhebliche Abstimmungsprobleme und kann kaum neue Akzente setzen. Kompetenzgerangel und „Durchregieren“ der Fraktionsspitzen kommen hinzu. Insbesondere in der Auseinandersetzung mit anderen Politikfeldern hat die Kohärenz der Entwicklungspolitik abgenommen. Wirtschafts- und handelspolitische Positionen setzen sich gegenüber der Entwicklungspolitik leichter durch, als es unter Rot-Grün der Fall war.

Beispiel Handelspolitik: Die WTO-Verhandlungsrunde, die als „Doha-Entwicklungsrunde“ für mehr Gerechtigkeit im Austausch mit den Entwicklungsländern sorgen sollte, ist ins Stocken geraten. Deutschland hat innerhalb der EU nicht entschieden genug zur Einlösung des Entwicklungsmandats beigetragen. Im Vordergrund standen die Exportinteressen der Industrie und der Protektionismus der deutschen Landwirtschaft. Im Ergebnis weiß aktuell niemand, ob die Verhandlungen überhaupt in absehbarer Zeit beendet werden können. Der Stillstand bleibt für viele Entwicklungsländer unbefriedigend und bedeutet eine verpasste Chance.

Beispiel Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit: Die Bundeskanzlerin hat sich verbal zur Erhöhung der Mittel bekannt. Diese ist auch in bescheidenem Maße erfolgt. Trotzdem wurden die Weichen für die Umsetzung des EU-Stufenplans, der noch zu rot-grünen Zeiten auf den Weg gebracht worden war, nicht gestellt. 2006 und 2007 wurden die Barmittel nur dürftig erhöht und die Verpflichtungsermächtigungen, die die Grundlage für die Vereinbarung neuer Programme mit den Entwicklungsländern darstellen, 2006 sogar kräftig gekürzt. Die ODA-Quote (Anteil der Gelder für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen) konnte nur dank der Schuldenerlasse für den Irak und Nigeria gesteigert werden.

Krass versagt die Bundesregierung bei der Einführung innovativer Instrumente der Entwicklungsfinanzierung. Statt den derzeitigen internationalen Schwung zu nutzen und sich Frankreich anzuschließen, das zum 1. Juli 2006 eine Flugticketabgabe eingeführt hat und die dadurch erzielten Einnahmen der Bekämpfung von Krankheiten in Entwicklungsländern zur Verfügung stellt, kapituliert die Bundesregierung vor der Macht der Luftfahrtindustrie und der Boulevardpresse. Eine Riesenchance, international neue Impulse zu setzen, wurde verpasst. Wer die Millenniums-Entwicklungsziele wirklich erreichen will, muss frisches Geld in die Hand nehmen. Dies erfordert Mut und entschiedenes Handeln. Doch von diesem Mut ist die schwarz-rote Koalition weit entfernt.

Entwicklungspolitik will Wirkungen in anderen Ländern erzielen und kann mit ihren langfristigen Zielen entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung einer gerechteren Globalisierung nehmen. Doch leider werden die Chancen dieses Politikfeldes aus unterschiedlicher Richtung immer wieder an den Rand gedrängt. Wir Grünen wollen, dass mehr Kohärenz in das Handeln der deutschen Bundesregierung einzieht, die sich konkret in der Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik niederschlagen muss. Dafür braucht es in der Entwicklungszusammenarbeit Strategien, mit denen man auf die globalen Veränderungen vorausschauend reagieren kann. Leider ist ein solch strategisches Denken in der Entwicklungspolitik bislang Mangelware.

China hat mit seinem rasanten Aufstieg dafür gesorgt, dass wir die Machtverhältnisse in der Welt und die Verteilung der Ressourcen radikal anders bewerten müssen. Zusammen mit dem Reich der Mitte melden Indien und Brasilien ihre steigenden Ansprüche auf Rohstoffe an und dehnen ihren Einfluss in Afrika und Südamerika aus. Der Hurrikan Katrina führte in den USA zu einem beginnenden Umdenken in der Energie- und Klimadebatte. Schlagartig rückte in das Bewusstsein der Öffentlichkeit, dass der „Öl-Schmierstoff“ des Kapitalismus ein gefährdetes Gut ist.

Für die ärmeren Entwicklungsländer kann der einsetzende Run auf Rohstoffe den endgültigen Ruin bedeuten. Steigende Ölpreise fressen die Gewinne des Wirtschaftswachstums auf und relativieren die Vorteile der Entschuldung und gestiegener Entwicklungsgelder. Mangelnde Effizienz und Sparsamkeit beim Verbrauch von Ressourcen verschärfen die dortige Armut. Hinzu kommt, dass der Klimawandel gerade diejenigen Länder am härtesten trifft, die am wenigstens zu den globalen Klima-Emissionen beitragen.

Und wer genauer auf die Ölförderländer schaut, muss außerdem erkennen, dass dort in den letzten Jahrzehnten Schindluder mit Gewinnen und der Umwelt getrieben wurde. Öl ist für viele Länder zu einem Fluch geworden. Nigeria steht am Rande eines Bürgerkrieges, die Menschen im Sudan werden der Ölpolitik geopfert. Nicht nur in Russland und in den Ländern Zentralasiens, sondern auch in den Wäldern des Amazonas verseucht auslaufendes Öl und verbrennendes Gas die Lebensgrundlagen für Mensch und Tier und gleichzeitig profitieren nur die Eliten. Es ist kein Wunder, wenn sich die Bevölkerung in einigen Staaten Lateinamerikas anderen Führern zuwendet, die immerhin versprechen, die Einnahmen aus den Rohstoffexporten gerechter zu verteilen.

Also Hand aufs Herz: Was ist zu tun? Hat die Politik tatsächlich die Instrumente und die Kapazitäten, um Antworten auf diese drastischen Herausforderungen zu geben? Geraten all die schönen internationalen Vereinbarungen wie das Kyoto-Protokoll, die Agenda 21 oder die Millenniumsziele der Vereinten Nationen im Angesicht von Klimawandel und Ressourcenverknappung nicht zur Farce? Für uns Grüne in der Entwicklungspolitik gilt es zu überprüfen, welche Strategien einen konkreten Beitrag zu einer zukunftsfähigen Welt, zu einer für alle Menschen lebenswerten Gesellschaft und Umwelt, leisten.

Opposition ist kein Grund, die Zukunft den anderen zu überlassen.

Mit nachdenklichen Grüßen



**Ute Koczy**

## **Weg vom Öl – die neue AG „Ressourcen“ der Bundestagsfraktion**

Quer durch alle grünen Arbeitskreise – so ist die neue AG „Ressourcen“ in der Fraktion angelegt. Sie ist die Nachfolgerin der Gruppe, die unter dem Titel „Weg vom Öl“ einen zentralen grünen Slogan geformt hat. Der Anspruch an die neue AG ist immens, denn es gilt Auswege aus der Abhängigkeit von endlichen Ressourcen zu finden, auch über die Energiefrage hinaus. Das Arbeitsprogramm ist gewaltig, denn schon nächstes Jahr zum G8-Gipfel in Deutschland wollen wir Grünen mit neuen Konzepten für Druck sorgen.

Ute Koczy ist Mitglied der AG „Ressourcen“ für den Bereich Nord-Süd. Denn Ressourcenfragen und die Zukunft einer konstruktiven Entwicklungspolitik sind eng miteinander verknüpft. Klimawandel und der steigende Energiebedarf verengen die Spielräume für die ärmeren Länder so sehr, dass schnell gehandelt werden muss. Mittlerweile übersteigen die Kosten für Ölimporte in vielen Entwicklungsländern die gesamten Gelder aus der Entwicklungshilfe. Deshalb benötigen wir jetzt Energiestrategien für Entwicklungsländer, die ökologisch tragfähig sind und zugleich für Ausgleich zwischen Arm und Reich sorgen. Die besten Alternativen zu einer die Armen ausgrenzenden, zentralen Energieversorgung über Großkraftwerke sind erneuerbare Energien. Denn Wind, Wasser, Biomasse und Sonne sind lokal verfügbar und dezentral nutzbar. Doch auch dafür müssen Konzepte sorgfältig auf die Landesbedingungen ausgerichtet werden. Es ist nicht nur sinnlos, sondern auch eine ökologische Katastrophe, Urwald abzuholzen, um Soja anzupflanzen oder Palmölplantagen anzulegen.

Aktuell beschäftigt sich die Arbeitsgruppe mit der Frage einer nachhaltigen Energie- und Rohstoffversorgung für Europa. Diese darf nicht zu Lasten der Entwicklungsländern gehen, und muss gleichzeitig so gestaltet werden, dass keine übermäßige Abhängigkeit gegenüber einzelnen Förderländern entsteht. Denn Ressourcenabhängigkeit kann Deutschland und die EU potenziell bei der Verfolgung entwicklungspolitischer Reformziele in diesen Staaten behindern, insbesondere im Bereich Good Governance. Des Weiteren werden momentan Inhalte diskutiert, die über den G8-Gipfel 2007 in Deutschland transportiert werden könnten.

Ansprechpartnerin: **Büro Ute Koczy**

## **Globalisierung gerecht gestalten: Die AG „Globalisierung, Global Governance und Welthandel“**

Thilo Hoppe leitet zusammen mit Margareta Wolf die Fraktionsarbeitsgruppe „Globalisierung, Global Governance und Welthandel“. Seit März trifft sich diese AG jede zweite Sitzungswoche intern und organisiert auch globalisierungsrelevante öffentliche Veranstaltungen. Bisher wurde ausführlich über das Thema Welthandel debattiert. Dazu wurde unter anderen der brasilianische Botschafter in Berlin, Herr Seixas Correia eingeladen, der als Architekt der G 20 gilt, einer Gruppe von gewichtigen Schwellen- und Entwicklungsländern, die seit dem Cancun-Ministertreffen in der WTO entscheidend mitreden. Insbesondere fordern sie von EU und den USA ein Ende des Agrardumpings auf den Weltmärkten und einen besseren Marktzugang für ihre eigenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, also die Reduzierung von Zollschränken und Agrarsubventionen. Die Verhandlungen zu nicht agrarischen Produkten (NAMA) in der WTO waren weitere Themen, mit denen sich die AG Globalisierung bisher auseinandergesetzt hat. Die Arbeitsgruppe versteht sich als

Forum, in dem auch kontroverse inhaltliche Fragen aufgegriffen werden, um zur Positionsklärung beizutragen, wie die Globalisierung mit starken ökologischen und sozialen Leitplanken versehen werden kann.

Ansprechpartner: **Büro Thilo Hoppe**

## **Entwicklungsfinanzierung - Mit dem Haushaltsentwurf 2007 läuft die Bundesregierung der Zeit hinterher**

Deutschland steht vor der Herausforderung, wie seine EU-Partner, einen entschiedenen Beitrag dazu zu leisten, dass Millionen von Menschen aus der Armut befreit werden können und der Umweltschutz weltweit gestärkt wird. Der von der Bundesregierung für die Entwicklungszusammenarbeit vorgelegte Haushaltsentwurf 2007 weist zwar in die richtige Richtung. Doch es wird nicht erkennbar, wie die Bundesregierung das 0,7-Prozent-Ziel (Anteil der Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen) erreichen will. Dafür ist ein jährlicher Mittelzuwachs für die gesamte öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) von rund einer Milliarde Euro bis 2015 notwendig. Mit Trippelschritten ist dies nicht zu erreichen.

Mit einem Jahr Verzögerung tut die Bundesregierung im Jahr 2007, was wir Grünen bereits für den Haushalt 2006 vorgeschlagen haben. Sie erhöht Barmittel und gleichzeitig auch die Verpflichtungsermächtigungen für die technische und die finanzielle bilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Sie legt auch bei wichtigen multilateralen Titeln nach. Das ist gut so, aber ein verlorenes Jahr bleibt ein verlorenes Jahr.

Und Orientierungslosigkeit bleibt Orientierungslosigkeit: Nachdem die Verpflichtungsermächtigungen, die die Barausgaben von morgen sind und die Grundlage für neue Kooperationsangebote an die Entwicklungsländer bilden, 2006 kräftig gekürzt wurden, steigen sie nun wieder. Dies ist ein Zick-Zack-Kurs. Darüber hinaus liegen die Steigerungen weit unter dem, was ein Fahrplan in Richtung 0,7 Prozent ausweisen müsste.

Wir brauchen mehr Mittel für ländliche Entwicklung, für Grundbildung, für die Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose, für erneuerbare Energien und den Ressourcenschutz in den Entwicklungsländern. Wir müssen sowohl die staatliche Entwicklungszusammenarbeit, als auch die wertvolle Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NRO) entschieden stärken. Weder 2006 noch 2007 wurden den nicht-kirchlichen NRO zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Hier besteht dringender Nachholbedarf. Um klar zu machen, wie die Bundesregierung das 0,7-Prozent-Ziel erreichen will, muss sie jetzt einen konkreten Umsetzungsplan vorlegen. Dies hat auch die OECD gefordert.

Innovative Finanzierungsinstrumente für die Entwicklungszusammenarbeit müssen vorangetrieben und nicht verzögert und blockiert werden, wie es gegenwärtig geschieht. Die Bundesregierung sollte umgehend dem französischen Beispiel folgen und spätestens bis zum 1.1.2007 eine Flugticketsteuer einführen.

Ansprechpartner: **Büro Thilo Hoppe**

## **Innovative Finanzierungsinstrumente: Keine Flugticketabgabe in Sicht - Statt abzuheben, taucht die Bundesregierung ab**

Die Bundesregierung kneift bei der Frage der Entwicklungsfinanzierung. Durch Geschäftsordnungstricks im federführenden Entwicklungsausschuss hat sie verhindert, dass der Bundestag am 30. Juni 2006 über einen grünen Antrag abstimmen konnte, der die Einführung einer Flugticketabgabe vorsieht. Besondere Brisanz erhält dieses Vorgehen dadurch, dass der grüne Antrag sich auf die Aussagen der Kanzlerin und den schwarz-roten Koalitionsvertrag stützt.

Es ist ein Skandal, dass dies drei Tage vor Einführung einer Flugticketabgabe in Frankreich (dem 1. Juli 2006) geschah. Die Bundesregierung hat Angst davor, sich nach der bereits beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung durch die Einführung einer Solidarabgabe auf Flugtickets noch unbeliebter zu machen. Dabei könnte die Ticketabgabe, auch in einer für die Passagiere absolut verkraftbaren Höhe, enorme Wirkung entfalten. 30.000 Kinder sterben täglich an vermeidbaren Krankheiten. Ein Betrag zwischen 300 Millionen und einer Milliarde Euro, der in Deutschland durch eine Ticketabgabe erwirtschaftet werden könnte, reicht zwar zu ihrer Rettung alleine nicht aus. Eine solche Anstrengung würde aber der Weltöffentlichkeit signalisieren, dass sich auch Deutschland den globalen Herausforderungen stellt und einen Beitrag zu deren Bewältigung leisten möchte.

Deutschland müsste jetzt mitziehen und Führungsstärke bei einer gerechteren Gestaltung der Globalisierung zeigen. Großbritannien und Schweden haben schon eine Solidarabgabe auf Flugtickets. Weitere dreizehn Länder gaben Anfang des Jahres in Paris bekannt, dass sie zur Finanzierung von Entwicklung und zum Kampf gegen globale Krankheiten zusätzliche Mittel durch eine Flugticketsteuer mobilisieren wollen.

Nur Deutschland ist handlungsunfähig, weil der Wirtschaftsminister auf dem Schoß der Flugunternehmen sitzt und der Finanzminister Angst vor einer neuen Steuerdiskussion hat. Kleinmütiger kann man die wirklich immensen Herausforderungen, die uns die Globalisierung stellt, nicht angehen.

### **Weitere Informationen:**

Antrag Flugticketsteuer:

<http://dip.bundestag.de/btd/16/014/1601404.pdf>

und Themenspecial Entwicklungsfinanzierung:

<http://www.gruene-bundestag.de/cms/default/rubrik/8/8436.htm>

Ansprechpartner: **Büro Thilo Hoppe**

## **Fairer und gerechter Welthandel weiterhin entscheidende Aufgabe**

Die Gestaltung eines faireren und gerechteren Welthandels bleibt auch nach dem vorläufigen Scheitern der WTO-Verhandlungen im Juli 2006 eine entscheidende Aufgabe. Wir fordern die EU und die USA auf, Schluss zu machen mit diesem "Blame Game", bei dem es vor allem darum geht, die jeweils anderen für die Blockade verantwortlich zu machen. Es ist an der Zeit eine wirkliche "Entwicklungsrunde" anzustreben und das Welthandelssystem im Sinne der Menschen gerechter zu gestalten. Daraus folgt:

Erstens: Wir dürfen unsere EU-Steuer Gelder nicht mehr für Agrarsubventionen einsetzen, die mit Dumpingmethoden die Märkte in den Entwicklungsländern zerstören. Das in Hongkong erzielte Ergebnis, die Agrarexportsubventionen bis 2013 auslaufen zu lassen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Darüber hinaus müssen jedoch auch die internen Agrarsubventionen abgebaut werden, die zu Dumpingexporten führen.

Zweitens: Wir müssen den Entwicklungsländern mehr Importe erlauben, dafür unsere Zölle senken, vor allem die Spitzenzölle und die Zolleskalation für verarbeitete Produkte. Denn Entwicklungsländer sollen nicht nur Rohstoffe, sondern auch Industrieprodukte exportieren können.

Drittens: Wir müssen bei der Senkung der Industriezölle behutsam vorgehen und dürfen die Entwicklungsländer nicht dazu drängen, ihre Zollsätze prozentual stärker zu senken als unsere eigenen. Konkret heißt das entweder nicht die Schweizer Zollreduktionsformel anzuwenden, oder sie mit für Industrieländer und Entwicklungsländer unterschiedlichen Quotienten zu versehen.

Viertens: Wir sollen bei der Liberalisierung der Dienstleistungen das tun, was wir den Entwicklungsländern 1994 versprochen haben: Nach der Angebots- und-Nachfrage-Methode sollen nur jene am Dienstleistungsabkommen GATS teilnehmen, die sich auch dazu in der Lage fühlen. Basisdienstleistungen wie Bildung, Wasser, Gesundheit und Elektrizität dürfen überhaupt nicht liberalisiert werden.

Fünftens: Das in Hongkong für die ärmsten Länder geschnürte Entwicklungspaket muss einen 100-prozentigen (statt einen 97%igen) quoten- und zollfreien Zugang zu den Märkten des Nordens erlauben. Die damit verbundene handelsorientierte Entwicklungshilfe muss aus zusätzlichen Finanzmitteln gespeist werden und darf kein Hebel zur bedingungslosen Liberalisierung sein.

Sechstens: Wir müssen mittelfristig dafür sorgen, dass auch die "non trade concerns" auf die Tagesordnung der WTO kommen. Auch wenn dies auf die Proteste mancher Entwicklungs- und Schwellenländer stoßen wird: Öko- und Sozialdumping dürfen sich nicht länger als komparativer Kostenvorteil auswirken. Die WTO darf nicht länger der Implementierung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte im Wege stehen und hat sich multinationalen Umweltabkommen unterzuordnen.

Siebtens: An dem Prinzip, dass im Rahmen der WTO zugesagte Liberalisierungen unumkehrbar sind, muss gerüttelt werden. Liberalisierungsschritte müssen rückholbar sein, wenn sie zu gravierenden ökologischen und sozialen Verwerfungen führen.

### **Weitere Informationen:**

Hongkong Antrag:

<http://dip.bundestag.de/btd/16/000/1600086.pdf>

Hongkong Tagebuch, Thilo Hoppe:

<http://www.gruene-bundestag.de/cms/internationales/dok/94/94182.htm>

Ansprechpartner: **Büro Thilo Hoppe**

## **Gespräch im Bundestag zum Recht auf Nahrung**

Auf Einladung von Thilo Hoppe und Ulrike Höfken fand am 16. Mai in Berlin ein Fachgespräch zum Thema "Recht auf Nahrung" statt. Es ist ein Skandal, dass weltweit mehr als 800 Millionen Menschen an chronischem Hunger leiden. Jean Ziegler, der Sonderbericht-erstatte der Vereinten Nationen für die Umsetzung des Rechtes auf Nahrung, die grüne Fraktionsvorsitzende Renate Künast und Michael Windfuhr, Vertreter der internationalen Nichtregierungsorganisation FIAN, die Kleinbäuerinnen und Bauern weltweit unterstützt, machten deutlich, welche Bedingungen gegeben sein müssten, um das Grundrecht auf Nahrung umzusetzen.

Während bei anderen Entwicklungszielen, wie dem Zugang zu Bildung, sauberem Wasser und medizinischer Versorgung Fortschritte zu erkennen sind, geht die Zahl der Hungernen nicht zurück. Jean Ziegler beschrieb den Skandal im Detail: Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren. Und das, obwohl weltweit genug Nahrungsmittel angebaut werden, um mehr als das Doppelte der heutigen Weltbevölkerung zu ernähren. Die Ursachen liegen im Wesentlichen in den Strukturen. Die meisten Hungernden leben auf dem Land. Kleinbäuerinnen und Bauern sind nicht in der Lage ihre Existenz zu sichern. Und die Geberstaaten sind nicht bereit, das Welternährungsprogramm so auszustatten, dass es bei humanitären Katastrophen die Menschen vor dem Tod bewahren kann.

Ein Ansatz, die Staatengemeinschaft auf die Bekämpfung des Hungers zu verpflichten, besteht in der Umsetzung der 2004 verabschiedeten Internationalen Leitlinien zum Menschenrecht auf Nahrung. Diese müssen jetzt von den Entwicklungsländern und den Industrieländern implementiert werden. Reformen in Entwicklungsländern und eine Agrar- und Handelspolitik gerade auch von Industrieländern, die das Recht auf Nahrung stärken, sind dabei entscheidend.

Die Leitlinien sind ein wichtiger politischer Fortschritt, weil sie das Recht auf Nahrung klar definieren und damit die internationale Rechtssetzung vorantreiben. Nach und nach müssen wir zu einer Einklagbarkeit dieses Rechts kommen, wie dies bei der Antifolterkonvention geschehen ist, um dem Hunger weltweit ein Ende zu bereiten.

Lebensmittel sollten als Mittel des Lebens geachtet werden und weniger Mittel des Geschäftemachens sein. Selbst Nahrungsmittelhilfen werden heute häufig zur Beseitigung von Marktüberschüssen in den reichen Ländern, vor allem den USA, eingesetzt – manchmal sogar zur weltweiten Durchsetzung von genmanipulierten Produkten. Dem muss eine klare Absage erteilt werden. Das Agieren von Nahrungsmittelkonzernen, das internationale Schuldenproblem und die Dumpingpolitik der EU sind Faktoren, die die weltweite Hungerkrise zuspitzen. Oft stehen die Auflagen des Internationalen Währungsfonds und Freihandelsvereinbarungen in krassem Widerspruch zum Recht auf Nahrung. Auch die Entwicklungsländer selbst verstärken häufig durch fehlende Landreformen und Vernachlässigung der ländlichen Räume das Hungerproblem.

Wir müssen an all diesen Fronten kämpfen, damit die Zahl der Hungernden nicht weiter steigt, sondern endlich im Sinne der Millenniumsziele reduziert werden kann. Die Leitlinien des Menschenrechts auf Nahrung, an deren Erarbeitung Renate Künast als Ministerin federführend mitgewirkt hat, stellen ein wichtiges Werkzeug dafür dar.

Ansprechpartner: **Büro Thilo Hoppe**

## **China: Chancen der Entwicklungszusammenarbeit**

Die Volksrepublik China, die viertgrößte Volkswirtschaft der Erde, schickt Astronauten zum Mond, vergibt selbst Entwicklungsgelder – und ist zugleich größtes Entwicklungsland der Welt. Trotz des sensationellen Wirtschaftswachstums gibt es in China nach inoffiziellen Schätzungen noch immer um die 400 Millionen Arme, legt man ein Tageseinkommen von 2 US-\$ als Armutsgrenze zugrunde. Die daraus resultierenden Widersprüche bergen enorme Risiken. Gleichzeitig bieten sich Chancen für die Entwicklungszusammenarbeit, Einfluss auf die Entwicklung Chinas zu nehmen, wobei jedoch nie die Frage der Menschenrechte aus den Augen verloren werden darf. Allerdings fehlt es bisher noch an durchsetzungsfähigen Strategien, um Verletzungen von Menschenrechten systematisch aufzugreifen und die Lage und rechtliche Situation der Opfer nachhaltig zu verbessern.

Trotz des starken wirtschaftlichen Wachstums liegt es in deutschem Eigeninteresse, sich in China weiterhin entwicklungspolitisch zu engagieren. Dabei muss immer wieder überprüft werden, inwieweit das Land selbst Mittel zur Finanzierung der Zusammenarbeit aufbringen kann. Hier sind schon heute Veränderungen eingeleitet worden, die den Charakter der EZ weiter wandeln können. China hat seinerseits das Interesse bekundet, auf allen politischen Gebieten mit Deutschland zu kooperieren. Auch weil es um die Lösung globaler Probleme geht, muss Deutschland die Entwicklungszusammenarbeit mit China fortsetzen:

Erstens, weil Chinas Wirtschaftswachstum nicht nachhaltig ist. Die Spitzen des wirtschaftlichen Erfolgs ziehen auch Höchststufen an negativen Umweltfolgen nach sich – nicht nur in China selbst, sondern weltweit. Wenn nicht schnell gehandelt wird, um Chinas Wirtschaftswachstum vom Wachstum des Energie- und Ressourcenverbrauchs zu entkoppeln, bedeutet das den endgültigen Ruin unseres Planeten.

Zweitens, weil es trotz dieser scheinbar unlösbaren Herausforderung Grund zum Optimismus gibt. In der chinesischen Führung erkennt man, dass Umweltkosten in Höhe von fast 10 % des Bruttoinlandsprodukts ein elfprozentiges Wirtschaftswachstum zunichte machen. Entsprechend wächst die Einsicht, dass die Entwicklung des Landes nachhaltig gestaltet werden muss, was bislang nicht geschah.

Drittens, weil China mit der Umsetzung dieses ehrgeizigen Zieles überfordert ist: Es fehlt vor allem an technologischem Know-How. Da Chinas Regierung dies und die Notwendigkeit des schnellen Handelns selbst erkennt, sucht sie internationale Hilfe. Viele Anfragen gehen an Deutschland, das wegen seiner fortschrittlichen Umwelttechnologien geschätzt wird. Es geht aber nicht um traditionelle Entwicklungshilfe: Es geht um eine Zusammenarbeit in beiderseitigem Interesse, deren potenzielle Gewinne für China und die Welt so groß sind, dass sie die Investitionen unbedingt rechtfertigen.

Viertens, weil China in vielen Teilen der Welt auf eine strategische Rohstoffsicherung setzt und seine Beziehungen zu Entwicklungsländern systematisch ausbaut. Das muss nicht schlecht sein, ist es aber dann, wenn unabhängig von menschenrechtlichen, sozialen oder ökologischen Standards eine Politik der „Nichteinmischung in innere Angele-

genheiten“ vereinbart wird. Wir Grünen haben ein Interesse an einer rechtsstaatlichen und ökologisch nachhaltigen Entwicklung Chinas und der Einbindung des Landes in internationale Strukturen und Regelwerke. Die derzeit von China in einigen Ölländern Afrikas (Sudan, Simbabwe) verfolgte Politik hebt sowohl Forderungen nach verantwortungsvollem Regierungshandeln sowie nach der Einhaltung sozialer und ökologischer Standards aus. Die Entwicklungszusammenarbeit bietet *eine* Plattform, um über diese Fragen zu debattieren.

### **Zusammenarbeit im Bereich Umwelt- und Ressourcenschutz**

Wir sprechen uns dafür aus, den Schwerpunkt der Zusammenarbeit auf den Umwelt- und Ressourcenschutz zu legen. Denn Deutschland verfügt weltweit führend über Wissen bei Energieeinsparung, Energieeffizienz und vor allem bei erneuerbaren Energien. Dies nach China zu übermitteln, ist kein grünes Steckenpferd, sondern schiere Notwendigkeit. Leider hat China die Entwicklungsmuster des Westens mit all ihren Fehlern wiederholt. „Erst entwickeln, später aufräumen“ ist jedoch keine Lösung – weder für China noch für unseren Globus. Die Industrien der „Weltfabrik“ China gehen mit Energie viel zu verschwenderisch um. Sie verbrauchen dreimal mehr Energie als im weltweiten Durchschnitt und achtmal mehr als in Deutschland.

Chinas Wirtschaft baut auf Kohle und Öl auf. Allein die in diesem Jahr neu gekauften Klimaanlageanlagen verbrauchen mehr Energie, als der gewaltige Drei-Schluchten-Damm überhaupt produzieren wird. Der riesige Energiebedarf wird hauptsächlich über Kohle gedeckt (China verbraucht 40% der globalen Kohleproduktion), aber auch die Ölnachfrage steigt wegen explodierender Autoverkaufszahlen massiv. Eine Strategie „Weg vom Öl“, die Verbreitung von Methoden und Verfahren zur Reduzierung der Abhängigkeit vom Öl, sollte – eben auch mit den Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit – unbedingt gefördert werden.

Bei den erneuerbaren Energien befindet sich China auf einem interessanten Weg. Das 2005 in China verabschiedete Erneuerbare-Energien-Gesetz schreibt vor, dass 2010 zehn Prozent der Gesamtenergieerzeugung aus erneuerbaren Energien kommen muss. Potenzial für Erneuerbare (vor allem Wind- und Sonnenenergie) gibt es zu Genüge – gerade auch in den abgelegenen Gebieten Westchinas, die noch keinen Zugang zu Elektrizität haben.

### **Beitrag zur Stabilisierung des Weltklimas**

Eine unzureichende Umweltpolitik betrifft zunächst einmal die chinesische Bevölkerung. Nirgends auf der Welt sterben so viele Menschen an den Folgen von Luftverschmutzung. Und doch gilt, dass, wenn in China gehustet wird, zumindest mittelbar die gesamte Welt eine erhöhte Temperatur verspürt. Umweltverschmutzung und Zerstörung der natürlichen Ressourcen, ineffizienter Energie- und Rohstoffverbrauch haben ganz erhebliche regionale und auch globale Auswirkungen. Schon heute ist China weltgrößter SO<sub>2</sub>- und zweitgrößter CO<sub>2</sub>-Emittent. Die überragende Zukunftsaufgabe heißt daher, mit einem ganzheitlichen Ansatz Entwicklungs-, internationale Umwelt-, Wirtschafts- und Außenpolitik zu verbinden. Im Übrigen sind die geringen finanziellen Mittel, die wir dafür einsetzen – oft als Kredite, immer jedoch verbunden mit umfangreichen Eigenleistungen der chinesischen Partner, – eine gute und preiswerte Investition. Und das eigentlich immer mit erheblichen Vorteilen auch für deutsche Unternehmen und die Fortentwicklung deutschen Know-Hows.

An der Kooperation mit China zeigt sich, dass eine wie oben beschriebene, klar ausgerichtete Entwicklungszusammenarbeit *ein* Element einer Politik sein kann, die den enormen globalen Herausforderungen angemessene Antworten entgegensetzt.

Ansprechpartnerin: **Büro Ute Koczy**

## **Energiesicherheit: Eine globale Herausforderung**

Ohne eine nachhaltige, sichere und wirtschaftliche Energieversorgung sind Wohlstand, Gesundheit und Mobilität undenkbar. Der Rückgang der Vorräte und der Verfügbarkeit fossiler Brennstoffe sowie die steigende weltweite Nachfrage rücken die Frage der Versorgungssicherheit und des Zugangs zu Energie in den Mittelpunkt der internationalen Diskussion. Mehrere parallele Entwicklungen erhöhen die Notwendigkeit zu einer vertieften internationalen Kooperation zu kommen:

- Die rasante Entwicklung von Schwellenländern wie Indien und China wirft die Frage auf, wie bei steigender Weltbevölkerung und gleichzeitig steigenden Lebensstandards Wohlstand eine Energieversorgung zu gewährleisten ist, die das „Ökosystem Erde“ verkraften kann.
- Die starke Konzentration der Öl- und Gasvorkommen auf eine relativ begrenzte Region, die politische Instabilität vieler rohstoffreicher Länder und die potenziell wachsende Erpressbarkeit der Rohstoffimporteure legen nahe, die Lieferabhängigkeit zu reduzieren.
- 1,6 Milliarden Menschen haben überhaupt keinen Zugang zu Elektrizität. Die Bekämpfung der Armut und die Reduzierung des Hungers haben immer auch mit Zugang zu nachhaltigen Energiequellen zu tun. Hohe Ölpreise machen beispielsweise die Entwicklungsfortschritte in vielen Ländern zunichte.
- Die globalen Folgen des vorherrschenden Energieversorgungssystems sind dramatischer als noch vor wenigen Jahren angenommen. Der Klimawandel hat sich beschleunigt. Er hat enorme wirtschaftliche Schäden zur Folge, verhindert Entwicklung und verschärft das Armutsgefälle zwischen Arm und Reich. Daher müssen die globalen Anstrengungen zum Umstieg in ein möglichst klimaneutrales Energiesystem gesteigert werden.

Unter der rot-grünen Koalition hat Deutschland mit einer Energiepolitik, die auf Effizienz, Einsparung und erneuerbare Energien setzte, den Einstieg in eine moderne und zukunftsgerechte Energieversorgung vorbereitet und begonnen. Die Rahmenbedingungen für die Nutzung erneuerbarer Energien wurden substantiell verbessert und bilden schon heute eine Richtschnur für analoge Ansätze in anderen Ländern. Mit dem parallel beschlossenen Ausstieg aus der Atomkraft wurde zudem einer nicht zu kontrollierenden Technologie eine Absage erteilt.

Für die Entwicklungsländer ist der Zugang zu Energie entscheidend. Fast zwei Milliarden Menschen weltweit – mehr als die Hälfte aller Menschen in Entwicklungsländern – sind zur Versorgung ihrer Grundbedürfnisse immer noch auf traditionelle Brennstoffe wie Holz und Dung angewiesen. In Zukunft wird sich laut aktuellen Schätzungen der Großteil des Wachstums des Weltenergieverbrauchs in Schwellen- und Entwicklungsländern vollziehen, hauptsächlich um die dortigen Grundbedürfnisse zu sichern.

Da weder Chinesen, Inder, noch andere Menschen sonst wo auf der Welt freiwillig bereit sein werden, „weiter Fahrrad zu fahren“, damit wir in den Industrieländern unseren Le-

bensstil nicht ändern müssen, gewinnt die Frage eines zukunftsfähigen Energiesystems an Bedeutung. Dabei wird nur eine gerechtere Verteilung und Nutzung der Ressourcen und eine weltweite Orientierung auf erneuerbare Energien, Einsparung und Effizienz das wachsende Konfliktpotenzial entschärfen.

Die Entwicklungsperspektive von Schwellen- und Entwicklungsländern wird davon abhängen, ob ein nachhaltiges Energiesystem aufgebaut werden kann. Der steigende Energieverbrauch muss mit größerer Effizienz, möglichst ohne Klimaschädlichkeit, mit der Verringerung der Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung und mit einem besseren Zugang für die ärmsten Menschen einhergehen. Gleichzeitig müssen zukünftige Entwicklungen einen Weg beschreiten, der die Abhängigkeit von fossilen Energierohstoffen verringert.

Gerade in den ländlichen Regionen verfügen Entwicklungsländer über keine oder nur schlecht ausgebaute Energieversorgungsnetze. Erneuerbare Energien bieten diesen Ländern durch ihren dezentralen Charakter einen wichtigen Vorteil und verhindern monopolistische Versorgerstrukturen. Es ist sinnvoller, in erneuerbare Energien zu investieren, als dauerhaft steigende Ölrechnungen zu bezahlen. In der deutschen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit sollten deshalb systematisch alle Programme ausgebaut werden, die auf ein dezentrales nachhaltiges Energiesystem abzielen.

Ansprechpartnerin: **Büro Ute Koczy**

## **Die Rolle der Weltbank beim Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung**

Ohne einen Zugang zu modernen Energieformen werden die Menschen in Entwicklungsländern sich nicht aus ihrer Armut befreien können. Praktisch keines der Millenniumsentwicklungsziele kann ohne nachhaltige Energieversorgung erreicht werden: Für Kinder, die täglich mehrere Stunden mit der Brennholzsuche verbringen müssen, entfällt die Möglichkeit des regelmäßigen Schulbesuchs. Krankenhäuser ohne sichere Stromversorgung funktionieren nicht. Eine schleichende Vergiftung (indoor air pollution) in Folge der traditionellen Art des Kochens kostet vor allem Kinder und Frauen die Gesundheit oder gar das Leben.

Die Weltbank arbeitet in diesem Jahr an einer neuen, umfassenden Energiestrategie. Als weltweit größte Entwicklungsbank kann sie Trends setzen und andere Banken und Projektfinanzierer durch ihr Handeln zur Nachahmung anregen. Der „Investitionsrahmen für saubere Energie und Entwicklung“ muss zur Überwindung von fossilen Energiesystemen beitragen, ohne dabei auf Hochrisikotechnologien wie die Atomenergie zu setzen. Bis 2010 sollte die Weltbank aus der Förderung fossiler Energien aussteigen, wie es ihr der Salim-Bericht „Extractive Industries Review“ (2003) bereits vorgeschlagen hat. Die Weltbank sollte auch zur Verbesserung der Marktchancen von erneuerbaren Energien durch den massiven Ausbau entsprechender Programme beitragen und vor allem in ländlichen Regionen, deren Versorgung besonders unzureichend ist, mit dezentralen Ansätzen arbeiten.

### **Weitere Informationen:**

Antrag für eine zukunftsfähige Energieförderpolitik der Weltbank ohne Atomkraft:  
<http://dip.bundestag.de/btd/16/019/1601978.pdf>

Ansprechpartnerin: **Büro Ute Koczy**

## **G8-Gipfel stellt die Weichen in der Energiepolitik falsch**

Der Umfang der Abschlusserklärung des St. Petersburger Weltwirtschaftsgipfels zur globalen Energiesicherheit steht in Missverhältnis zu ihrem Gehalt. Zwar beschreibt das Papier zutreffend den Zusammenhang zwischen dem Zugang zu Energie und der Bekämpfung der Armut und erkennt die Verbindung zwischen der Klimaveränderung und einem weltweit gesteigerten Energiebedarf. Sie lässt jedoch nicht erkennen, wie die G8-Staaten die Abhängigkeit vom Öl und anderen fossilen Energieträgern substanziell reduzieren wollen. Eine Strategie "Weg vom Öl" hin zu Energiesicherheit, ein Paradigmenwechsel hin zu mehr Einsparung, Effizienz und erneuerbaren Energien lässt weiter auf sich warten. Alle Energieträger tauchen in einem wahllosen Nebeneinander auf. Welche Rolle und welchen Umfang sie für eine sichere Energieversorgung einnehmen sollen, bleibt vage. Eine konkrete Verpflichtung, den Ausbau erneuerbarer Energie weltweit voranzutreiben, unterblieb. Stattdessen haben die USA und Russland in Petersburg den Wiedereinstieg in die Kernenergie als „saubere Energie“ propagiert.

Damit wird die Frage dringlicher, ob die G8 in der jetzigen Form noch ein Forum ist, in dem globale Themen angemessen adressiert werden. Auf die Energiepolitik übertragen heißt dies, dass die deutsche G8-Präsidentschaft im nächsten Jahr zumindest dazu genutzt werden muss, einen systematischen, institutionalisierten Dialog mit den Schwellenländern über eine nachhaltige Energiepolitik zu beginnen. Denn auch wenn Schwellen- und Entwicklungsländer bereits an informellen Treffen auf G8-Gipfeln teilnehmen, sind sie bei der Beratung der eigentlichen Beschlüsse immer außen vor.

### **Weitere Informationen:**

Antrag zum G8-Gipfel in Sankt Petersburg:

<http://dip.bundestag.de/btd/16/019/1601966.pdf>

Ansprechpartnerin: **Ute Koczy**

## **Schmutziges Öl und Gas für Deutschland – Zur Situation in den Förderländern**

Deutschland und die Europäische Union importieren immer mehr fossile Energieträger. 34 Prozent seines Rohöls und über 40 Prozent seines Erdgases importierte Deutschland 2005 alleine aus Russland. Dazu kommt ein nicht unwesentlicher und seit Ende der 90er Jahre steigender Importanteil von vor allem Erdöl aus dem Kaukasus und Zentralasien. Bereits heute ist Kasachstan der fünftgrößte Erdöllieferant für Deutschland.

Das Prinzip der Verursacherverantwortung verlangt, dass wir uns um die negativen Auswirkungen der in unseren Lieferländern stattfindenden Rohstoffausbeutung kümmern. Keines der Länder dieser Region ist zuverlässig stabil und die Mehrzahl sind Zielländer deutscher Entwicklungszusammenarbeit.

Doch die Bundesregierung ignoriert auf sträfliche Weise die oft erschreckenden Folgen der Öl- und Erdgasförderung in den Herkunftsländern. Staaten mit hohem Energierohstoffexportanteil sind großen ökonomischen, ökologischen und sozialen Risiken ausgesetzt. Das betrifft insbesondere auch die Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

In Nordwestsibirien vertreiben immer mehr Gasförderanlagen die einheimischen Rentierhirten. Weite Flächen sibirischer und westrussischer Wildnis sind bereits ölverseucht. Die ökologische Zukunft des hochsensiblen Kaspischen Meeres wird durch die zunehmende Öl-

und Gasförderung immer ungewisser. In Zentralasien blüht durch sprudelnde Öleinnahmen die Korruption. Die autoritäre Regierung des Petrostaats Aserbaidschan verdoppelt jedes Jahr ihren Militärhaushalt. Demokratie und Sicherheit haben in diesen Ländern keine echte Chance. Und vor dem Weltnaturerbe Kurische Nehrung will der russische Konzern Lukoil weitere Bohrsenseln in die ohnehin stark belastete Ostsee setzen. In Turkmenistan bereichert sich der diktatorisch regierende Präsident Niyazov an Öl- und Gaslieferungen, die nach Europa fließen. Recherchen der NGO Global Witness zeigen, dass ungefähr 75% des nationalen Budgets ohne jegliche staatliche Kontrolle ausgegeben werden, während der Entwicklungsstand des Landes in den letzten 15 Jahren dramatisch gesunken ist. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist arbeitslos, Gesundheit und Bildung sind für viele nicht zugänglich. Eine Verbindung nach Deutschland ist gegeben: Die turkmenischen Staatskonten befinden sich bei der Deutschen Bank. Solche Beispiele zeigen die enge Verknüpfung zwischen Rohstoffpolitik, Korruption und dem Schweigen, wenn die Geschäfte laufen und das Öl fließt. Eine Entwicklung findet in solchen Ländern nur in die falsche Richtung statt. Statt demokratischer Teilhabe und einem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung zerfallen diese Staaten und werden zu Krisenherden. Und wie so häufig wird kaum Kritik am Verhalten der Deutschen Bank laut, dabei sind es doch gerade die Finanzinstitutionen, die mit ihren Geldgeschäften die Weichen für die Zukunft unseres Planeten stellen. Wir fordern daher Transparenz, gerade im Rohstoffsektor, denn ohne Transparenz kann es keine Energiesicherheit geben.

Doch die Bundesregierung schert sich nicht darum, welche Folgen der deutsche Massenkonsum von Öl und Gas in den Förderländern hat. Auf diesem Auge ist sie blind. In ihrer Antwort auf eine von Ute Koczy initiierte Kleine Anfrage gesteht die Regierung ein, dass sie zu vielen dieser Folgen keinerlei Informationen hat. Dabei würde eine einfache Internetrecherche genügen, um etwa an Auflistungen der alltäglichen Ölaustritte aus russischen Pipelines oder an Untersuchungen der Folgen hoher Öleinnahmen auf die Qualität der Regierungsführung in Ölstaaten wie Kasachstan zu kommen. Konsequenterweise schiebt die Bundesregierung die Verantwortung für eine Entwicklung unter dem Leitsatz ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Nachhaltigkeit lieber auf die Partnerländer. Die eigene Verantwortung Deutschlands als Verbraucherland gegenüber den betroffenen lokalen Bevölkerungen wird komplett ausgeblendet.

Wir fordern daher auch hier die konsequente Einhaltung klarer Standards, die z.B. auf der Grundlage der Erfahrungen mit der „Extractive Industries Transparency Initiative“ (EITI) und der zivilgesellschaftlichen Organisation „Publish what you pay“ entwickelt werden könnten. Sonst werden die betreffenden Länder so lange instabile Nachbarn bleiben, wie sie vom Ölexport abhängig sind. Deutschland muss im nächsten Jahr vorgehen, wenn es den Vorsitz der G8 sowie die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt und eine internationale Initiative zur Minderung von negativen Auswirkungen der Rohstoffförderung starten. Energiesicherheit muss endlich auch die Sicherheit der lokalen Bevölkerungen und der Natur vor den Folgen der Energierohstoffförderung werden.

**Weitere Informationen:**

Antwort kleine Anfrage „Folgen der Rohstoffförderung“:  
<http://dip.bundestag.de/btd/16/011/1601181.pdf>

Ansprechpartnerin: **Büro Ute Koczy**

## **Naher Osten: Ausschussreise in die palästinensischen Gebiete**

Im Juli 2006 leitete Thilo Hoppe eine vierköpfige Delegation von Bundestagsabgeordneten, die sich vor allem im palästinensischen Westjordanland über den Stand von Entwicklungsprojekten im Wassersektor informierten. Aufgrund der allgemeinen Lage fanden aber auch Gespräche mit dem stellvertretenden israelischen Premierminister Shimon Peres, mit Beratern von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas sowie mit zahlreichen Parlamentariern, Vertretern der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft und Repräsentanten der Vereinten Nationen statt. Die derzeitige Entwicklung spielt den Extremisten auf beiden Seiten in die Hände. In Israel nehmen jetzt die Stimmen zu, die eine Zwei-Staaten-Lösung wieder in Frage stellen. Und unter den Palästinensern geraten diejenigen immer mehr unter Druck, die sich für eine Anerkennung Israels aussprechen.

Dazu beigetragen hat auch das ungeschickte Agieren der internationalen Gemeinschaft nach dem Wahlsieg der Hamas. Statt die neue palästinensische Regierung völlig zu boykottieren und jeden Dialog zu verweigern, wäre es besser gewesen, sowohl den zur Fatah-Partei gehörenden Palästinenserpräsidenten Mahmud Abbas stärker zu unterstützen als auch das Gespräch mit den moderaten Kräften innerhalb der Hamas zu suchen. Durch die Intervention der radikalen Auslands-Hamas und die daraufhin erfolgte massive militärische Reaktion der Israelis sind aber die Chancen auf einen behutsamen Dialog mit den gemäßigten Kräften innerhalb der palästinensischen Hamas-Regierung erschwert bis unmöglich gemacht worden.

Überreaktionen auf allen Seiten heizen momentan die Gewalt an. Deshalb darf die internationale Gemeinschaft jetzt keine Zeit verlieren, sondern muss so schnell wie möglich auf die Konfliktparteien einwirken, sie an die Verhältnismäßigkeit der Mittel erinnern und an den Verhandlungstisch zwingen. Den Europäern kommt dabei eine zentrale Rolle zu, da sie, im Gegensatz zu den USA, nicht nur von Israel, sondern auch von den Palästinensern und den arabischen Staaten als vertrauenswürdig angesehen werden. Die gegenwärtige Lage erschwert natürlich auch die Durchführung der von Deutschland finanzierten Entwicklungsprojekte zur Verbesserung der Wasserversorgung. Im Gaza-Streifen ist momentan nichts möglich. Dagegen gibt es im Westjordanland einige wenige "Oasen des Friedens".

So hat beispielsweise die deutsche Entwicklungszusammenarbeit dazu beigetragen, dass trotz der enorm widrigen Umstände die palästinensische Stadt Tulkarem und die israelische Gemeinde Emek Hefer nach wie vor grenzüberschreitend zusammenarbeiten, um die Grundwasserverseuchung in den Griff zu bekommen. Am 12. Juli erklärten die beiden Bürgermeister der deutschen Delegation gemeinsam das Projekt und tauschten dabei sogar Friedenstauben aus. Solche zarten Pflänzchen gilt es zu hegen und zu pflegen.

Hoffnungszeichen sind auch nach wie vor existierende Nichtregierungsorganisationen, in denen Angehörige von Opfern auf beiden Seiten ihre Trauer aufarbeiteten und dadurch die Kraft gewinnen, sich gemeinsam für Versöhnung und einen gerechten Frieden einzusetzen.

Ansprechpartner: **Büro Thilo Hoppe**

## **EU-Einsatz im Kongo mit Bundeswehr muss in langfristige Entwicklungszusammenarbeit münden**

Im offiziell von 1996 bis 2002 andauernden Kongokrieg, der teilweise eine Folge des Völkermordes in Ruanda 1994 war, starben annähernd 4 Millionen Menschen. Die Infrastruktur des Landes wurde völlig zerstört. In einem schwierigen und langwierigen Friedensprozess wurde der schrittweise Rückzug der Armeen der Nachbarstaaten, die Bildung einer Übergangsregierung unter Einbezug der Konfliktparteien und die Abstimmung über eine neue Verfassung erreicht. Für den wichtigen Schritt der Durchführung freier Wahlen, den ersten seit über 30 Jahren, wurde nicht nur um materielle und organisatorische Unterstützung der EU nachgefragt, sondern auch um verstärkten Schutz über die im Kongo stationierten 17 000 UN-Kräfte der Mission MONUC hinaus. Der Einsatz europäischer Kräfte unter Einbezug der Bundeswehr löste in Deutschland eine heftige Debatte aus. Die Grünen halten eine Sicherung des Wahlprozesses auch mit Kräften der Bundeswehr für richtig und wichtig, kritisieren aber die im Vorfeld teilweise dilettantische Umsetzung durch Verteidigungsminister Jung. Vor allem aber fordern sie eine Einbettung der jetzigen militärischen Sicherungsmaßnahmen in eine langfristige Entwicklungs- und Aufbaustrategie für den Kongo.

Die EU-Soldaten sollen in der Demokratischen Republik Kongo (DRC) nicht der Regierung oder der Bevölkerung europäischen Willen aufzwingen, sie sollen auch keinen Krieg beginnen oder führen, nicht einmal einen beenden und schon gar nicht europäische oder deutsche wirtschaftliche Interessen sichern. Sie haben den Auftrag der UNO, die bereits im Land befindlichen UN-Truppen der MONUC-Mission bei ihren Sicherungsaufgaben zu unterstützen, sowohl beim Schutz der Zivilbevölkerung, als auch bei der Durchführung der ersten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen seit 40 Jahren. Der Einsatz wurde in der UNO einstimmig beschlossen, auch von den afrikanischen Ländern. Er wird akzeptiert von der Regierung des Landes, von den ehemaligen Rebellenführern und den Regierungen der Nachbarstaaten. Menschen aus der Zivilgesellschaft wünschen gerade auch eine deutsche Beteiligung.

Es wäre falsch, wenn die Unterstützung der Wahlen in der DRC auf den Schutz durch Soldaten reduziert wäre. Aber so ist es auch nicht. Für die Unterstützung des Wahlprozesses hat die EU bereits 240 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt. Auch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit half schon seit langem bei der Wahlvorbereitung. So unterstützte die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) bei Information und Bildung zum besseren Verständnis der Wahl und des Wahlvorganges.

Viele Bewohner der demokratischen Republik Kongo verbinden mit den Wahlen große, wohl zu große Erwartungen. „Alles wird besser und gut“, hoffen viele in dem von Krieg und Bürgerkrieg zerstörten und geschundenen Land, das von vielen Staaten, Wirtschaftskonzernen, aber auch von eigenen Machthabern skrupellos ausgebeutet wurde und wird. Mit der Erhaltung der Sicherheit hat es in den letzten Jahren seit dem Friedensschluss in weiten Teilen des Landes geklappt, aber nicht mit dem Wiederaufbau. Die Infrastruktur ist zerstört oder nicht vorhanden, 60 % der Kinder können keine Schule besuchen, eine Krankenversorgung ist für weite Teile der Bevölkerung nicht vorhanden. Blockade, Miswirtschaft und Korruption in unglaublichem Ausmaß lähmen die Entwicklung in diesem Land, das zu den reichsten Ländern Afrikas zählen könnte. Firmen aus vielen Ländern, vor allem aus den Staaten der ehemaligen Kolonialherren, bereichern sich und eine kleine

Elite im Land an den reichen Bodenschätzen. Der kongolesischen Bevölkerung bleibt fast nichts.

Doch die Wahlen bieten große Chancen. Letztlich kann nur eine Demokratisierung und Stärkung der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Gesellschaft in der DRC dazu beitragen, dass die Nutzung der reichhaltigen Bodenschätze und der anderen ökonomischen Ressourcen des riesigen Landes der kongolesischen Bevölkerung zugute kommen. Kontrollen und Standards müssen gewährleistet sein, damit ausländische Firmen, und das gilt auch für deutsche Unternehmen, ihren Raubbau an Coltan, Kupfer, Diamanten und Holz beenden.

Um die Demokratisierung im Kongo wirksam voranzubringen, muss der Wahlprozess so rechtmäßig, transparent und fair wie möglich sein. Dazu braucht es eine klare Terminierung für den zweiten Wahlgang, mit dem auch die wichtigen Regionalwahlen verbunden sind. Und dazu muss der innerkongolesische Dialog fortgeführt und die im Friedensplan vorgesehene sog. CIAT-Gruppe eingesetzt werden. Unverständlicherweise hat die Bundesregierung es abgelehnt, dafür aktiv zu werden.

Unser Engagement darf mit den Wahlen nicht beendet sein. Für die Zeit danach ist weitere nachhaltige nicht-militärische Hilfe zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und beim Wiederaufbau, auch aus Deutschland, in Aussicht zu stellen. Die grüne Bundestagsfraktion hat ihre Vorschläge dazu in einem Antrag formuliert.

#### **Weitere Informationen:**

Reisebericht Hans-Christian Ströbele:

<http://www.gruene-bundestag.de/cms/internationales/dok/125/125035.htm>

Entschließungsantrag Kongo:

<http://dip.bundestag.de/btd/16/016/1601661.pdf>

Ansprechpartner: **Büro Hans-Christian Ströbele**

## **Die Menschen im Sudan brauchen dringend Schutz und Hilfe**

Zum Schutz der Flüchtlinge in der westsudanesischen Krisenregion Darfur ist ein schneller und energischer Einsatz der Vereinten Nationen notwendig, um die seit Februar 2003 anwachsende humanitäre Katastrophe zu beenden und ein weiteres Übergreifen des Konflikts auf die Nachbarländer zu verhindern.

Die jüngste Eskalation der Gewalt durch die Rebellengruppen, die das Friedensabkommen von Abuja am 5. Mai 2006 nicht unterzeichnet haben, veranlasste zehntausende Menschen aus ihren Heimatorten zu fliehen. Auch Regierungstruppen, die zahllosen Sicherheitsdienste der sudanesischen Regierung und die von ihnen unterstützten Djandjaweed-Milizen begehen nach wie vor schwerste Menschenrechtsverletzungen, so dass die Zahl der Flüchtlinge stetig steigt.

Besonders skandalös ist, dass das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen aufgrund des Fehlens von Hilfsgeldern stellenweise nicht einmal mehr in der Lage war, die in den VN-Lagern untergebrachten Flüchtlinge ausreichend zu ernähren. So musste die Tagesrationen für Flüchtlinge in den Camps zeitweise auf weniger als 1.000 Kilokalorien pro Person reduziert werden, da ausreichende Mittelzusagen durch die Gebernationen ausblieben.

Einen schnellen und energischen Einsatz der Vereinten Nationen zum Schutz der Flüchtlinge in Darfur haben auch die Schauspielerinnen Mia Farrow und ihr 17-jähriger Sohn Ronan

bei einem Gespräch mit Entwicklungs- und Menschenrechtspolitikern des Deutschen Bundestages gefordert. Beide sind UNICEF-Botschafter und waren auf Einladung von Thilo Hoppe am 20. Juni zu Gast in Berlin.

Kofi Annan hat im Sicherheitsrat der VN gerade ein Konzept für die von der Afrikanischen Union selbst gewünschte Überführung der AU-Mission „AMIS“ in eine UN-Peacekeeping Mission mit einem „robusten“ Mandat vorgestellt. Denn AMIS ist mit der Situation momentan völlig überfordert. Die Regierung in Khartum lehnt eine solche UN-Truppe aber rigoros ab, da sie unter AMIS relativ ungestört mit den Menschenrechtsverletzungen in Darfur fortfahren kann.

Deshalb ist es wichtig, dass die sudanesishe Regierung durch internationalen Druck dazu gezwungen wird, die bereits 2005 im Friedensabkommen mit den Rebellen im Süden angekündigte Auflösung der unzähligen, unkontrollierten Sicherheitsdienste vorzunehmen. Die Unterstützung der Djandjaweed-Milizen muss sofort unterbunden werden und die Regierung muss einer robusten UN-Mandatierung und Verstärkung der AU-Mission möglichst schnell zustimmen. Gleichzeitig muss Druck auf die Rebellen ausgeübt werden, endlich dem Darfur Peace Agreement beizutreten, das bisher nur eine einzige Gruppe unterzeichnet hat.

Erst wenn China und Russland ihre Blockadepolitik in den Vereinten Nationen aufgeben, kann die Katastrophe in Darfur beendet werden. Die Bundesregierung muss deshalb beständig dazu gedrängt werden, sich in dieser Angelegenheit persönlich massiv zu engagieren. Es geht um hunderttausende von Menschenleben.

Ansprechpartner: **Büro Thilo Hoppe**

## **Norduganda - Für ein Ende der Gewalt**

Der Konflikt in Norduganda schwelt seit 20 Jahren und gehört zu den vergessenen Kriegen dieser Welt. Auf grüne Initiative wurde im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gemeinsam mit allen Fraktionen ein Antrag "Für ein Ende der Gewalt in Norduganda" erarbeitet. Die Mitglieder des Ausschusses entschlossen sich zu einem gemeinsamen Antrag, nachdem sie den Film "Lost Children" gesehen und mit den Filmemachern und einem Vertreter von Caritas International gesprochen hatten.

"Lost Children" handelt vom Schicksal der Kinder Nordugandas, die – entführt und zum Töten gezwungen – keine Zukunft haben und nur Krieg kennen. Allein in den letzten zweieinhalb Jahren haben die Rebellen der „Lord Resistance Army“ (LRA) mehr als 10.000 Kinder verschleppt und als Kindersoldaten eingesetzt. Wenn sie überleben und fliehen können, sind sie schwer traumatisiert. Auch ihre Familien haben Angst vor den Kindern, da sie meist gemordet haben und bei den Rebellen waren, und sind oft nicht bereit ihre eigenen Kinder wieder aufzunehmen.

Jedoch leiden nicht nur die Kinder unter dem endlosen Krieg in ihrem Land. Im Acholi-land, dem Hauptschauplatz der Auseinandersetzung, werden Menschen misshandelt und Felder verbrannt. Die LRA überfällt regelmäßig Dörfer und Ansiedlungen. Aber auch die Regierungstruppen, welche die Menschen eigentlich schützen sollten, begehen Menschenrechtsverletzungen. In Norduganda gibt es inzwischen 1,6 Millionen Vertriebene, die in Flüchtlingslagern ihr Dasein fristen. Die Verhältnisse in den Lagern sind katastrophal, die Zahl der HIV/AIDS-Infizierten steigt und die Menschen können auch in den Lagern nicht vor Übergriffen der Rebellen geschützt werden.

Im Gespräch mit den Ausschussmitgliedern bat auch der Erzbischof von Norduganda, John Baptist Odama, um Hilfe. Er appellierte an die Bundestagsmitglieder und die internationale Staatengemeinschaft, Druck auf die Regierung Ugandas auszuüben. Seiner Ansicht nach gibt es jetzt die Chance auf Friedensverhandlungen und vielleicht auf einen dauerhaften Frieden. Die LRA ist geschwächt und es gibt unbestätigte Informationen, dass sie dem ugandischen Präsidenten Friedensverhandlungen angeboten habe.

Im Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, bei der ugandischen Regierung Friedensverhandlungen anzumahnen und sich für eine Auflösung der Flüchtlingslager und eine Verhaftung der Rädelsführer der LRA einzusetzen. Wichtig ist aber auch, dass die Menschenrechtsverletzungen auf Seiten der ugandischen Sicherheitskräfte strafrechtlich verfolgt werden. Außerdem sollen klare Vorgaben für eine Umsetzung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen, die Wahrung der Menschenrechte und für die Sicherheit und Reintegration der Flüchtlinge von Seiten der Regierung Ugandas eingehalten werden.

#### **Weitere Informationen:**

Antrag „Für ein Ende der Gewalt in Norduganda“:

<http://dip.bundestag.de/btd/16/019/1601973.pdf>

Ansprechpartner: **Büro Thilo Hoppe**

## **Kenia, Ruanda, Burundi: Eine Afrika-Reise in 5 Tagen**

Auf Einladung der parlamentarischen Staatssekretärin Karin Kortmann im BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) nahm Ute Koczy im März 2006 an einer Reise durch Ostafrika teil. Im Zentrum standen Informationen über Entwicklungszusammenarbeit, Frieden und Sicherheit, Konfliktbewältigung und den Umgang mit der Dürre.

Im Gespräch mit dem Präsidenten Paul Kagame zeigte sich Ruanda als ein Land im Aufbruch, das sich seinen Problemen aus einer gewaltgeprägten Vergangenheit stellt und klare Strategien für die Zukunft entwickelt. Allerdings bleiben auch Fragen an den Präsidenten offen. So hat seine Regierung ihren Teil zur illegalen Rohstoffausbeutung im Kongo beigetragen, mit den bekannten Konsequenzen für den dortigen Bürgerkrieg. Trotzdem war Ruanda auf dieser Reise das positivste Beispiel für eine Erfolg versprechende Entwicklungsstrategie. In Kenia bleiben viele Fragen unbeantwortet, wie z.B. die nach der Überwindung der Hungersnot in den Dürregebieten und dem Kampf gegen die Korruption. Die junge Demokratie Burundi hat im Vergleich zu Ruanda noch einen langen Weg vor sich, aber nach vielen Jahren von Gewalt und Bürgerkrieg zeichnet sich eine zunehmende Stabilität ab.

Die Reise begann mit einem Abstecher in die nordöstlich gelegene Provinz Wajir von Kenia, in der ausgebliebene Regenfälle die Lebensgrundlage der dort lebenden Nomaden bedrohen.

Schätzungsweise 3,5 Mio. Menschen waren im Frühjahr in Kenia auf Nothilfe angewiesen. Mehr als 50% des Viehbestandes sind tot. Alle Hoffnung richtete sich auf den Regen; doch der blieb in den Dürregebieten viel zu lange aus. Die Regierung Kenias unter Präsident Mwai Kibaki hat viel zu spät auf die sich seit langem abzeichnende Krise reagiert. Als sie endlich handelte, reichten die getroffenen Maßnahmen nicht aus. Mittlerweile hat es zwar geregnet, doch mit dem Regen kamen neue Probleme: Aufgrund einer weiterhin mangelhaften Frischwasserversorgung trinken die Menschen verunreinigtes Oberflächen-

wasser. Von der Dürre völlig entkräftet sind sie den durch das kontaminierte Wasser übertragenen Krankheitserregern nahezu schutzlos ausgeliefert.

Doch wie das Beispiel von Argane, einer kleinen Siedlung im Norden von Wajir, zeigt, kann man mit einfachen Mitteln helfen. Dort hat die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) fünf der ca. 30 Brunnen eingefasst und Tränken errichtet. Durch diese einfache Maßnahme wird das kostbare Wasser nicht mehr so leicht verschmutzt und ist besser vor Verdunstung geschützt. Statt zwei bis drei Familien können diese verbesserten Brunnen nun zwanzig bis dreißig Familien am Tag versorgen.

Die in Kenia anfangs energisch angegangene Bekämpfung der Korruption ist leider stecken geblieben. Präsident Mwai Kibaki, der Hoffnungsträger der Wahlen von 2003, scheint selbst in haarsträubende Korruptionsaffären verwickelt zu sein oder zumindest davon gewusst zu haben. Der vom Präsidenten selbst eingesetzte Anti-Korruptions-Beauftragte John Githongo veröffentlichte nach seiner Flucht ins Ausland im Januar 2006 einen Bericht, der die kenianische Gesellschaft über ein erschreckendes Ausmaß an Korruption bei Teilen der Regierung informiert. So schwierig die Situation sich in Kenia jetzt darstellt, so zeigt die Offenlegung der Korruption jedoch auch, dass nicht mehr alles unter den Tisch gekehrt werden kann. Vielleicht bedarf es erst eines Generationswechsels, damit die alten Netzwerke zusammenbrechen.

Das dicht besiedelte Land Ruanda (327 Ew/km<sup>2</sup>) leidet über zehn Jahre nach dem Genozid immer noch an dessen Folgen. Wegen der hinterlassenen Traumata spielen psychosoziale Betreuung und Friedensarbeit wichtige Rollen bei der weiteren Entwicklung des Landes. Die Aufarbeitung der Vergangenheit geschieht in Ruanda mit Hilfe der Gacaca-Prozesse. Diese Gerichtsbarkeit geht auf ein traditionelles System kommunaler Anhörungen zurück, das lokale Konflikte lösen soll und so zur Aufarbeitung der Anklagen gegenüber den Tätern des Genozids vor Ort beiträgt.

Burundi und seine Hauptstadt Bujumbura liegen in der von Konflikten geprägten Region der Großen Seen. Viele Flüchtlinge, Vertriebene und Ex-Kämpfer versuchen sich wieder in das Land einzufinden. Doch Boden ist knapp, Armut weit verbreitet, Vergewaltigungen zahlreich, ethnische Konflikte an der Tagesordnung und es gibt nur wenig zivilgesellschaftliches Engagement. Im August 2005 fanden die ersten freien und demokratischen Wahlen statt. Präsident Pierre Nkurunziza steht an der Spitze einer noch unerfahrenen Regierung. Da das Konfliktpotenzial durch die noch nicht entwaffneten Rebellen sehr hoch ist, bedarf es sicherlich noch geraumer Zeit, bis die von der UN (ONUB) geführten Truppen wieder abreisen können.

Vor allem in den Anrainerstaaten des Kongos Ruanda und Burundi hängen Frieden und Wiederaufbau auch davon ab, ob die Demokratische Republik Kongo selbst zu einer demokratischen Struktur findet. Die Übergriffe durch marodierende Banden, die immer wieder über die Grenze einfallen, gefährden dauerhaft die Stabilität dieser kleinen Länder. Nicht nur deswegen ist die Absicherung der Wahlen im Kongo von größter Bedeutung, damit der Weg in einen Friedensprozess in der gesamten Region weiter beschritten werden kann.

Ansprechpartnerin: **Büro Ute Koczy**

## Hunger in Niger

Im Sommer 2005 gingen Schreckensbilder von extrem unterernährten Kindern aus dem Niger um die Welt. Das afrikanische Land ist inzwischen wieder aus den Schlagzeilen verschwunden. Doch obwohl die Ernteprognosen für 2006 gut ausfallen, verbleiben viele strukturelle Risikofaktoren. Thilo Hoppe informierte sich Ende 2005 während einer neun-tägigen Niger-Reise über die Hintergründe der Hungersnot.

Sowohl die Außenministerin als auch mehrere nigrische Parlamentarier machten in erster Linie klimatische Einflüsse und die Heuschreckenplage für die Missernte des Jahres 2004 verantwortlich, die im Frühjahr 2005 zum Ausbruch der Hungersnot geführt hatte. Dass ein Ernterückgang von nur elf Prozent dazu führen konnte, dass mehr als zwei Millionen Menschen nicht mehr genug zu essen hatten, wurde damit erklärt, dass das Sahel-Land aufgrund fortschreitender Wüstenbildung, einer sehr rückständigen Landwirtschaft und des enormen Bevölkerungsdrucks mit einer Geburtenrate von mehr als acht Kindern in Sachen Ernährungssicherheit ständig am Limit operiere.

Stutzig macht jedoch die Tatsache, dass gerade in den fruchtbarsten Regionen des Nigers – Maradi und Zinder –, die als die Kornkammern des Landes gelten, die Zahl der Hungernden am größten war und noch immer ist. Auf der Suche nach Antworten auf die Frage, warum das Hungerproblem ausgerechnet in den beiden fruchtbareren Regionen am größten ist, stieß Thilo Hoppe auf recht unterschiedliche Erklärungsmuster. Die einen verwiesen auf soziokulturelle Ursachen, die in den polygamen Strukturen der Hausa, einer Vernachlässigung der Kinder besonders durch die Väter und ihren vom Aberglauben geprägten Vorurteilen gegenüber Brunnenwasser, Eiern, Milch und Gemüse lägen. Bei den Hausa sei es üblich, sich ausschließlich von den beiden Getreidesorten Sorghum und Hirse zu ernähren. Andere Gesprächspartner wiesen dieses Erklärungsmuster mit Nachdruck zurück und bezeichneten es als Ablenkung von den strukturellen Ursachen, die in den skrupellosen Machenschaften von Händlern und Spekulanten zu suchen seien. Nach den Missernten sei vielen Bauern nichts anderes übrig geblieben, als sich Getreide bei den Händlern zu leihen. Diese Schulden müssten nun zu einem Wucherzins von bis zu 300 Prozent wieder zurückgezahlt werden, was dazu führe, dass viele Familien weit mehr als die Hälfte ihrer jetzigen Ernte – manche sogar bis zu 90 Prozent – dem Gläubiger überlassen müssten.

Nach seiner Reise setzte sich Thilo Hoppe mit Nachdruck dafür ein, dass Deutschland durch eine Kombination von humanitärer Hilfe und langfristig angelegter Entwicklungszusammenarbeit die nigrische Regierung sowohl dahin drängt als auch darin unterstützt, auf allen Ebenen Reformen in Gang zu bringen, die zur nachhaltigen Ernährungssicherung beitragen. Die Hungersnot im Niger wurde sowohl im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung als auch in öffentlichen Fachgesprächen der Fraktion zum Thema gemacht, um operationale Vorschläge der Hungerbekämpfung voranzutreiben.

Ansprechpartner: **Büro Thilo Hoppe**

## **Soziale und ökologische Standards in der Weltbank - Standards in der IFC deutlich geschwächt**

Innerhalb der Weltbankgruppe ist die IFC (International Finance Corporation) für die Förderung des Privatsektors zuständig. Das heißt, wenn es um die Finanzierung einer Erdöl-pipeline im Tschad, einer Goldmine in Guatemala oder des Sojaanbaus im brasilianischen Regenwald geht, wenden sich Privatunternehmen an die IFC, um Kredite zu bekommen. In den letzten Jahren hat die IFC an Bedeutung gewonnen. Rund ein Viertel aller Weltbankgelder gehen derzeit an diese Institution. Diese finanziert damit unter anderem Infrastrukturprojekte oder Projekte zur Erschließung von Öl-, Gas- und Mineralvorkommen.

Viele dieser Projekte bringen negative Konsequenzen für Umwelt und Bevölkerung mit sich. Bisher hielt die IFC ihre „Kunden“, also Privatunternehmen, zur Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards an. Diese waren häufig für Betroffene in Ländern des Südens die einzige Möglichkeit, ihre Rechte zu verteidigen und sich gegen Umweltzerstörung und Zwangsumsiedlung zur Wehr zu setzen. Für die Unternehmen bedeutet eine Finanzierung durch die IFC die Vergabe eines Gütesiegel, denn sie konnten anführen, dass ihr Projekt trotz Umweltrisiken gewissen Prüfungen standgehalten hatte – andere Projektfinanzierer sind so leichter bereit, die mit dem Projekt verbundenen Risiken einzugehen.

Die auf dem Papier stehenden Sozial- und Umweltstandards wurden von den Unternehmen jedoch häufig nicht umgesetzt, die betroffene Bevölkerung nicht angemessen konsultiert, entstandene Umweltschäden nicht von den Unternehmen beseitigt oder sie waren einfach unwiderruflich. Durch Zwangsumsiedlungen wurde der lokalen Bevölkerung ihre Lebensgrundlage genommen, häufig ohne dass angemessene Entschädigungen gezahlt worden wären.

Daher entstand großer Druck auf die IFC, ihre Standards zu überprüfen. Anfang 2006 wurden nach einem langen Revisionsprozess die neuen Richtlinien (die so genannten „Performance Standards“) mit Zustimmung der Bundesregierung verabschiedet. Doch statt Unternehmen stärker als bisher in die Pflicht zu nehmen und beispielsweise die Beschwerde- und Sanktionsmechanismen zu verbessern, sind die neuen Richtlinien um einiges schlechter geworden. Denn die IFC vertraut blind den Unternehmen, und legt die Einhaltung der sozialen und ökologischen Standards in deren Hände. Von der Weltbank geförderte Privatunternehmen dürfen somit in Zukunft selbst ihre Umwelt- und Sozialkriterien für Großprojekte definieren.

Wir halten es für einen großen Fehler, sich darauf zu verlassen, dass Unternehmen freiwillig die Bevölkerung vor negativen Auswirkungen der Projekte schützen werden. Auch auf unsere konkrete Kritik an den „Performance Standards“ ist die Bundesregierung nicht eingegangen: Bei großen Ressourcenförderprojekten sind die Landrechte indigener Bevölkerungen nicht rechtsverbindlich geschützt und es wurden keine Tabus für Naturschutzgebiete verankert.

Zwar wurde auf Druck vereinbart, dass nach einer „Probephase“ die Wirksamkeit und Umsetzung der neuen Performance Standards erneut überprüft werden soll. Doch haben die neuen Standards schon jetzt Signalwirkung auf andere Projektfinanzierer. So haben die „Äquatorbanken“, die sich freiwillig zur Einhaltung gewisser Sozial- und Umweltstandards

in der Projektfinanzierung bekennen, die Übernahme der neuen IFC-Standards als Referenzpunkt beschlossen.

**Weitere Informationen:**

Antrag IFC-Standards:

<http://dip.bundestag.de/btd/16/003/1600374.pdf>

Ansprechpartnerin: **Büro Ute Koczy**

## **Walsterben vor Sachalin: Reputation der Osteuropabank in akuter Gefahr**

Derzeit steht in der Osteuropabank (EBWE, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) die Finanzierungsentscheidung über eine Beteiligung am Bau einer zweiten Bohrplattform vor der russischen Pazifikinsel Sachalin an. Das weltweit größte Öl- und Gasprojekt Sachalin II umfasst drei Offshore-Bohrplattformen, Offshore- und Onshore-Pipelines, Verladeeinrichtungen und Terminals. In 800 km langen Pipelines sollen das Öl und Gas vom Norden in den Süden der Insel transportiert werden, von wo es aus der ganzjährig eisfreien Aniva-Bucht verschifft werden soll.

Da die tatsächlichen Gesamtkosten des Projektes doppelt so hoch liegen wie die ursprünglichen Schätzungen, bemüht sich das Konsortium derzeit um eine Finanzierungsbeteiligung durch die Osteuropabank. Denn deren Beteiligung hat aufgrund der im Regelfall äußerst aufmerksamen Prüfung von Finanzierungsanträgen Signalwirkung, auch für andere Banken.

Doch eine Finanzierung durch die Osteuropabank würde die Glaubwürdigkeit der Entwicklungsbank dauerhaft beschädigen, da das Konsortium Sakhalin Energy Investment Company Ltd. (SEIC) bereits in großem Ausmaß gegen russische und internationale Umwelt- und Sozialnormen verstoßen hat. Eine Zusage der Osteuropabank würde ein für die Bevölkerung und die Natur Sachalins verheerendes Projekt nachträglich mit einem Gütesiegel versehen. Und das, obwohl Experten und Expertinnen eine stark erhöhte Gefahr von zukünftigen großen Ölaustritten durch die Art und Weise des Baus und Betriebs von Sachalin II sehen. Die Verantwortung für mögliche Ölkatastrophen in der empfindlichen Natur auf und vor Sachalin würde letztendlich auch die Osteuropabank treffen.

Aber nicht nur mögliche Ölkatastrophen machen das Projekt zu einer akuten Gefahr für die Bevölkerung und ihre Umwelt: Bereits jetzt stören Shells Ölplattformen, Seepipelines und Versorgungsschiffe die letzten ungefähr 100 Westpazifischen Grauwale in ihren Nahrungsgründen. Vergeblich haben internationale Walfachleute gewarnt, die Wale würden durch die Ölförderung regelrecht verhungern. Zudem sind die Laichgründe der Lachse auf Sachalin durch den Bau der Pipeline quer durch die Insel nachhaltig zerstört worden. Dies hat nicht nur fatale Auswirkungen auf die Natur Sachalins, sondern auch auf die Fischindustrie, die ein Drittel der Gesamtwirtschaft der Insel ausmacht.

Wir fordern daher die Osteuropabank auf, statt Sachalin zu fördern, mehr für regenerative Energien und Energieeffizienz zu tun. In Zeiten akuten Klimawandels macht es keinen Sinn, die knappen Mittel der Entwicklungsbank in riesige Ölprojekte zu stecken, welche auch noch fragwürdig hinsichtlich ihrer entwicklungsfördernden Wirkung sind.

**Weitere Informationen:**

Antrag Sachalin II:

<http://dip.bundestag.de/btd/16/016/1601668.pdf>

Zur Gesamtproblematik Sachalin:

<http://www.gruene->

[bundestag.de/cms/internationales/dok/126/126692.oel\\_toetet\\_letzte\\_grauwale.htm](http://www.gruene-bundestag.de/cms/internationales/dok/126/126692.oel_toetet_letzte_grauwale.htm)

Ansprechpartnerinnen: **Büro Ute Koczy, Büro Undine Kurth**

## **Korruption bekämpfen – Transparenz bei Rohstoffgeschäften erhöhen**

Auch in rohstoffreichen Ländern ist nicht sichergestellt, dass die gestiegenen Einnahmen zu mehr Gerechtigkeit und einer Verbesserung der Lebensumstände für die Mehrheit der Bevölkerung führen. Bei Erdöl exportierenden Staaten hat sich oft gezeigt, dass dies nicht der Fall war. So ging im Falle Angolas und Nigerias die Erdölproduktion mit einem fast schon legendären Ausmaß an Korruption einher. Es bestanden geringe Anreize, jenseits einer klassischen „Rentenökonomie“ ein nachhaltiges Einnahmesystem aufzubauen und die Wirtschaft zu diversifizieren.

In vielen anderen Staaten hat die Öl- und Gasförderung zur Destabilisierung der Gesellschaft beigetragen. Schon als Landtagsabgeordnete in NRW hatte Ute Koczy mit dem Bau einer Pipeline in Ecuador durch die WestLB AG negative Erfahrungen gemacht. Das Versprechen, dass das unter dem Amazonas gefundene Öl für mehr Reichtum sorgen werde, wurde nur gegenüber den Eliten eingelöst. Die Bevölkerung in den Fördergebieten blieb arm, zugesagte Infrastrukturmaßnahmen wurden nicht realisiert und die Korruption hat das örtliche Zusammenleben vergiftet. Proteste und Demonstrationen sind immer wieder aufgeflammt. Es ist kein Wunder, dass in den Ländern Südamerikas und Afrikas, in denen Öl gefunden wurde, dieser Rohstoff zum Fluch für die Entwicklung wurde. In Venezuela und Bolivien hat sich die Lage geändert, da die neuen Regierungen jetzt eine andere Richtung einschlagen und fairere Bedingungen für den Ausverkauf der Rohstoffe verlangen.

Russland und Zentralasien sind leider ebenfalls keine positiven Ausnahmen. Die Förderung von Öl und Gas für deutsche und europäische Haushalte geschieht allzu oft unter katastrophalen ökologischen Bedingungen. Ölunfälle, Pipelinebrüche und offene Gasabfackelung verseuchen großräumige Gebiete und zerstören das Ökosystem entlang der großen Flüsse wie z.B. dem Ob.

Schon der von der Weltbank in Auftrag gegebene Salim-Bericht „Extractive Industries“ (2003) hat zur Verbesserung der weltweiten Rohstoffextraktion wichtige Vorarbeit geleistet und Anforderungen für die Vergabe von Weltbankkrediten für Bergbau, Öl- und Gasförderung gestellt. So hat der Salim-Bericht den Rückzug der Weltbank aus der Erdölförderung bis 2008 und die Umstellung auf die Förderung erneuerbarer Energien genauso empfohlen wie Transparenzvorgaben, um Korruption zu vermeiden und sicherzustellen, dass die Einnahmen auch der Bevölkerung zu Gute kommen.

Internationale Nichtregierungsorganisationen versuchen teilweise mit staatlicher und privater Unterstützung die Transparenz in der Rohstoffwirtschaft zu verbessern. Wir halten diese Ansätze für wichtig und richtig. Hier ist vor allem die Kampagne bzw. das Netzwerk „Publish what you pay“ zu nennen.

Ansprechpartnerin: **Büro Ute Koczy**

## Lateinamerika - Aufbruch zu neuen Ufern?

Wohin bewegt sich Lateinamerika politisch? Diese Frage diskutierten grüne PolitikerInnen am 22. Juni 2006 mit Fachleuten aus Politik und Wissenschaft sowie von lateinamerikanischen Botschaften und Nichtregierungsorganisationen.

Der Fraktionsvorsitzende Fritz Kuhn betonte, dass die neuen Entwicklungen in Lateinamerika weit mehr Chancen als Gefahren mit sich bringen. Vor allem in Hinblick auf soziale Reformen und mehr Rechte für indigene Völker. Wirkliche politische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit könne aber nur erreicht werden, wenn klare soziale und ökologische Kriterien angelegt werden. Dies sei besonders wichtig, um in Lateinamerika die ungerechte Einkommensverteilung zu verändern und eine boomende Rohstoffwirtschaft ökologisch zukunftsfähig zu gestalten.

Über die Rolle von Hugo Chávez in Lateinamerika wurde heftig debattiert. Die einen befürchten, dass der venezolanische Präsident den Subkontinent spaltet und führen dafür das Ausscheiden des Landes aus dem Andenpakt an. Andere sehen den Rückzug aus dem Andenpakt eher als Ergebnis der bilateralen Freihandelsabkommen von Kolumbien und Peru mit den USA: Nur durch eine Hinwendung Venezuelas zum Mercosur sei dieser Freihandelsdynamik entgegenzuwirken. Dem Mercosur als Modell einer „neoliberalen Integration“ (so Thomas Fritz von ATTAC) gegenüber, stünde, in einer Art Ideenwettbewerb, die "bolivarianische Alternative für Amerika" ALBA, ein Abkommen zwischen Venezuela, Kuba und Bolivien, das ein Modell des solidarischen Warenaustausches verfolgt.

Generell gelte, dass die neuen Akteure Lateinamerikas keine "Neopopulisten" im luftleeren Raum sind. Das beste Beispiel dafür ist Evo Morales, der durch starke soziale Bewegungen zum Präsidenten wurde. Viele Facetten des Populismus von Chávez sind problematisch. Trotzdem sollten keine unterschiedlichen Maßstäbe gelten, um einerseits Chávez "Assistenzialismus" (Unterstützung sozial Bedürftiger) zu verteufeln, aber andererseits dem ähnlichen Null-Hunger-Programm von Lula in Brasilien zu applaudieren. Für Chávez war das Erlangen der Kontrolle über das venezolanische Erdölunternehmen PDVSA ein Kraftakt, über den er beinahe selbst gestürzt wäre. Es ist daher nur konsequent, die Öleinnahmen auch gesellschaftspolitisch und für soziale Ziele einzusetzen.

Wir möchten Lateinamerika auch weiterhin stärker in die öffentliche Debatte rücken: Durch parlamentarische Initiativen und durch eine Anregung der zivilgesellschaftlichen Debatte. Gleichzeitig gilt es neue Impulse für die Präsenz deutscher Institutionen in Lateinamerika zu geben. Aus Sicht der Entwicklungszusammenarbeit sind mehr finanzielle Mittel, aber auch eine stärkere Diversifizierung notwendig. Die jüngsten Wahlsiege bringen deutlich den Wunsch der Menschen nach sozialen Reformen und nach einer Einbeziehung der bisher rechtlosen indigenen Bevölkerung zum Ausdruck. Positiv ist das Bestreben nach einer deutlichen Differenzierung in den Außenbeziehungen sowie der ausgesprochene Wille zur regionalen Integration.

Deutschland und die EU sollten diese Ansätze nutzen, um eine echte strategische Partnerschaft mit Lateinamerika aufzubauen. Die Regierungen in Lateinamerika selbst müssen durch gerechtere und effizientere Steuersysteme die Entwicklung vorantreiben.

### **Mehr Informationen:**

Antrag „Strategische Partnerschaft der EU mit Lateinamerika“:

<http://dip.bundestag.de/btd/16/009/1600941.pdf>

Themenspecial Lateinamerika:

<http://www.gruene-bundestag.de/cms/internationales/rubrik/8/8228.htm>

Ansprechpartner: **Büro Thilo Hoppe**

## **Bolivien – Größere Dialogbereitschaft gegenüber neuer bolivianischer Regierung notwendig**

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Entwicklungsausschusses des Deutschen Bundestages bereiste Thilo Hoppe im April 2006 zusammen mit Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul Bolivien und traf dabei auch zu einem längeren Gespräch mit dem neuen Staatspräsidenten Evo Morales zusammen.

Die Euphorie und Aufbruchstimmung, die die erstmalige Wahl eines Aymara-Indianers, also eines Vertreters der indigenen Bevölkerungsmehrheit des Landes, zum Staatschef erzeugt hat, ist nur mit dem Ende der Apartheid und der Amtsübernahme von Nelson Mandela in Südafrika zu vergleichen. Jedoch ist der Erwartungsdruck, der auf Morales lastet, so groß, dass auf die Euphorie auch schnell Enttäuschung folgen kann. Die verarmte indigene Bevölkerungsmehrheit hat das Gefühl, nach mehr als 500 Jahren Unterdrückung und Fremdbestimmung durch die weiße Oberschicht, endlich an die Macht gekommen zu sein und erhofft sich davon eine schnelle Verbesserung ihrer desolaten wirtschaftlichen Lage.

Auf Empörung stößt in Bolivien, dass die Ausbeutung der Bodenschätze des Andenstaates bisher immer überproportional den dort tätigen transnationalen Konzernen zu Gute gekommen sei und sich kaum armutsmindernd für die bolivianische Bevölkerung ausgewirkt habe. So forderten nicht nur Evo Morales und seine Partei „Bewegung zum Sozialismus“ im Präsidentschaftswahlkampf eine stärkere Beteiligung Boliviens an den Gewinnen aus dem Export bolivianischen Erdgases, sondern auch sein Hauptkonkurrent aus dem bürgerlichen Lager.

Die neue bolivianische Regierung hat große Ideale und Visionen, befindet sich aber noch in der Orientierungsphase. Fast keiner der Minister und Staatssekretäre bringt Regierungserfahrung mit. Deshalb kommt es jetzt in der Entwicklungszusammenarbeit auf echte Dialogbereitschaft und die Fähigkeit zum interkulturellen Dialog an, der auch eine Wertschätzung der indianischen Kultur beinhalten muss. Die neue bolivianische Regierung stemmt sich gegen Arroganz und Bevormundung von Außen, strebt aber durchaus eine Partnerschaft auf Augenhöhe an. Ohne die Planwirtschaft Kubas zu kopieren, will sie sich vom neoliberalen Kurs ihrer Vorgänger verabschieden.

Die Entwicklungszusammenarbeit mit Bolivien sollte besonders im Bereich der ökologisch angepassten Bewässerung von Feldern für Kooperativen von Kleinbauern ausgeweitet werden. Darüber hinaus sollte eine verstärkte deutsch-bolivianische Zusammenarbeit bei der Umsetzung und auch Einklagbarkeit des Rechtes auf Nahrung sowie im fairen Handel angestrebt werden.

Ansprechpartner: **Büro Thilo Hoppe**

## **Tsunami-Hilfe schafft für viele Menschen eine neue Perspektive – Erfolg und Misserfolg hängen auch von der Bereitschaft zum Frieden ab**

Die deutsche und internationale Tsunami-Hilfe hat trotz immenser Schwierigkeiten Außergewöhnliches geleistet. Davon konnte sich Undine Kurth bei ihrer Reise im Auftrag des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nach Sri Lanka überzeugen. Doch das Land wird seine Schwierigkeiten nicht bewältigen können, wenn der Bürgerkrieg wieder voll entflammen sollte.

Ende März 2006 reiste die grüne Abgeordnete Undine Kurth für eine Woche nach Sri Lanka. Ziel der Reise war es – mehr als ein Jahr nach der Tsunami-Katastrophe – die Wirksamkeit der internationalen und deutschen Hilfsleistungen beim Wiederaufbau des Landes vor Ort einzuschätzen. Der Zeitpunkt bot sich auch deshalb an, weil die Zusammenarbeit momentan in ein neues Stadium eintritt. Der Übergang von humanitärer Hilfe zu Ansätzen einer längerfristig wirkenden Entwicklungszusammenarbeit vollzieht sich Schritt für Schritt. Auf der Reise bestand die Gelegenheit, sich direkt über Stärken und Schwächen der humanitären Hilfe, des Wiederaufbaus und der Kooperation wichtiger Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit zu informieren. Im Kern des Interesses standen folgende Fragen:

- Wie wirksam sind die deutschen und internationalen Hilfeleistungen unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen?
- Wie stellt sich die Zusammenarbeit mit den Regierungs- und Distriktbehörden dar?
- Wie effektiv sind die Verfahren in der Umsetzung?
- Wie zielgenau und nachhaltig sind die Hilfen?
- Wie klappt die Zusammenarbeit von staatlichen und nicht-staatlichen deutschen Gebern?
- Was hat das große private Engagement der deutschen Bevölkerung, das in der Vielzahl von Partnerschaftsinitiativen zum Ausdruck kommt, erbracht?

Auf Grund des hohen bilateralen und multilateralen Engagements und der großen Spendenbereitschaft in der Bundesrepublik, besteht die Verpflichtung des Parlaments, sich in Sri Lanka mit den Erfolgen und den Misserfolgen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auseinander zu setzen.

Während der Fahrt entlang der Küste von der Hauptstadt Colombo nach Baticaloa (Nordwesten) besuchte Undine Kurth zusammen mit Experten und Vertretern der Deutschen Botschaft Projekte und Partnerschaftsinitiativen. Dabei hatten sie die Gelegenheit zu zahlreichen Kontakten mit von der Katastrophe direkt Betroffenen. Die intensiven Gespräche haben gezeigt, dass die deutsche Hilfe sehr geschätzt wird. Die bilaterale staatliche Hilfe, das Engagement von Nichtregierungsorganisationen und das beeindruckende private Engagement haben Leben gerettet und vielen Menschen eine neue Perspektive eröffnet.

Es liegt auf der Hand, dass zentrale politische Probleme den Wiederaufbau begleiten. Das Ausmaß der Tsunami-Katastrophe stellt eine große Herausforderung für die staatlichen Institutionen auf allen Ebenen dar. Hinzu kommt die politische und ökonomische Frag-

mentierung des Landes. Der erfolgreiche Wiederaufbau hängt stark von der Bereitschaft der Regierung und der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) zur Aushandlung eines Friedensabkommens ab. Vor dem Hintergrund verstärkter Unruhen und militärischer Auseinandersetzungen mit vielen Toten und Verletzten in Sri Lanka, ist zu befürchten, dass der Bürgerkrieg erneut ausbricht. Angesichts der angespannten Situation mussten daher die Projekte auf ein Minimum reduziert werden.

Die unter norwegischer Vermittlung angesetzten Friedensgespräche wurden auf unbestimmte Zeit verschoben. Ohne Frieden im Land werden auch die vielen Hilfsorganisationen ihre Arbeit nicht in geeigneter Weise fortsetzen können. Mittlerweile hat der Europäische Rat die Rebellen-Organisation Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), die große Teile Sri Lankas kontrolliert, offiziell als Terror-Organisation eingestuft. Zugleich forderte die EU die Regierung Sri Lankas auf den Friedensprozess voranzutreiben. Kontakte zu den Tamil Tigers seien weiterhin möglich, betonte die EU in der Erklärung, sofern dies zum Ende der Gewalt und zu einem Friedensprozess beitrage.

**Weitere Informationen:**

Ausführlicher Reisebericht:

[http://www.bundestag.de/ausschuesse/a19/aktuelles/kurth\\_bericht\\_sri\\_lanka.pdf](http://www.bundestag.de/ausschuesse/a19/aktuelles/kurth_bericht_sri_lanka.pdf)

Ansprechpartnerin: **Büro Undine Kurth**

## **Rechte indigener Völker - Die Konvention zur Stärkung von Rechten indigener Völker muss endlich ratifiziert werden!**

Schon in der 15. Legislaturperiode waren die Rechte der indigenen Völker Thema grüner Entwicklungspolitik. Trotz Erfolg versprechender Initiativen – zwei Tagungen der Evangelischen Akademie Iserlohn und einem Fachgespräch mit Vertretern der Ministerien – kam es wegen Widerständen in der SPD zu keinem gemeinsamen Antrag. Der grüne Antragsentwurf wurde immer wieder verschoben und fiel letztendlich den Neuwahlen zum Opfer. Jetzt wurde unser Antrag "Indigene Völker – Ratifizierung des Übereinkommens der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) Nr. 169 über Indigene und in Stämmen lebende Völker unabhängiger Staaten" endlich eingebracht. Im Herbst wird das Thema zur Beratung in den Ausschüssen aufgesetzt werden.

Wir fordern die Regierung auf, das Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) Nr. 169 schnellstmöglich zu ratifizieren. Die Konvention der IAO ist momentan die einzige völkerrechtliche Norm, die die Rechte Indigener umfassend und verbindlich festlegt.

Bis zu 300 Millionen Menschen in etwa 70 Länder zählen nach Aussage der Vereinten Nationen zu den indigenen Völkern und würden von einer Stärkung der IAO-Konvention 169 durch die deutsche Bundesregierung profitieren. Sie leben überwiegend in Entwicklungsländern – auch in Gegenden, die für die Erhaltung der Artenvielfalt wichtig sind – und haben keine Lobby, die sich für ihre Belange einsetzt. Diese Menschen sind in ihren Menschenrechten, aber auch in ihren traditionellen Rechten bedroht. Umweltverschmutzung und Ausbeutung von Rohstoffen entziehen ihrer Lebensweise im Einklang mit der Natur die Grundlage. Verantwortlich sind nicht nur die Regierungen der einzelnen Länder, sondern auch nationale und internationale Unternehmen.

Umso wichtiger ist es, dass – wie im Antrag gefordert – Richtlinien für die Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung erarbeitet werden, die die Rechte der

indigenen Völker entsprechend der Konvention berücksichtigen. Der entwicklungspolitische Dialog mit Repräsentanten Indigener muss intensiviert werden und ihr Schutz politisch und finanziell verstärkt werden.

**Weitere Informationen:**

Indigene Völker Antrag:

<http://dip.bundestag.de/btd/16/019/1601971.pdf>

Ansprechpartner: **Büro Thilo Hoppe**

## **Diaspora: Potenziale von Migrantinnen und Migranten für die Entwicklung der Herkunftsländer nutzen**

Über Jahrzehnte wurde die Abwanderung von Arbeitskräften aus Entwicklungsländern als Verlust von knappen Ressourcen und besten Köpfen (Brain Drain) gesehen. Brain Drain ist auch weiterhin ein großes Problem. Ein Besorgnis erregendes Beispiel ist die Abwanderung von ausgebildetem medizinischem Personal aus Afrika, hauptsächlich nach Großbritannien, Kanada und die USA.

Gleichwohl rücken in jüngerer Zeit immer mehr konkrete Beispiele in den Vordergrund, die belegen, dass zahlreiche Länder auf vielfältige Weise von der Diaspora, d.h. den Rückwirkungen der Migranten auf ihre Herkunftsländer, profitieren. Wenn Migranten durch Rücküberweisungen, die Anbahnung von Geschäftsbeziehungen, Investitionen und Know-how-Transfer zur wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Herkunftsländer beitragen, werden Verluste durch abwandernde Arbeitskräfte schnell um ein Vielfaches kompensiert. Positive Effekte können sich dabei sowohl für das Zuwanderungsland als auch für das Herkunftsland ergeben.

Die politische Rolle von Diasporagemeinschaften hat sowohl in den Einwanderungsländern als auch in ihren Herkunftsländern in den letzten Jahren stark zugenommen. Unterschätzt werden das Potenzial der kulturellen Verständigung und die Brückenfunktion, die Migranten in der Gesellschaft einnehmen können. Migranten sind in wachsendem Umfang Teil einer jeden Gesellschaft und werden es bleiben. Etwa 200 Mio. Menschen leben zurzeit als Migranten. Dabei ist Migration ein globales Phänomen. Sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer „schicken und erhalten“ Migranten. Seit 1975 ist die Zahl um ein Drittel auf fast 3 Prozent der Weltbevölkerung gewachsen. Es ist erkennbar, dass die Weiterentwicklung von Regeln, Normen und Institutionen zur Steuerung der Migration eine zentrale Herausforderung des nächsten Jahrzehnts sein wird.

Die Bedeutung der Diaspora für die wirtschaftliche Entwicklung vieler Länder ist auch auf der Ebene der G8-Staaten erkannt worden. Diese empfehlen, finanzielle Transaktionen zwischen Ursprungs- und Empfängerländern zu erleichtern und formelle Finanzsysteme international zu stärken. Offiziell machen Überweisungen aus den Diasporen in ihre Herkunftsländer weltweit circa 232 Mrd. US\$ pro Jahr aus, wovon Entwicklungsländer 167 Mrd. US\$ erhalten. Die Rücküberweisungssumme übersteigt damit die globalen öffentlichen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit (ODA) um mehr als das Doppelte.

Wir fordern von der Bundesregierung die Entwicklung eines Konzeptes für die bilaterale Zusammenarbeit, wie in den Entwicklungsländern eine stärkere Vernetzung von entwicklungspolitischen Maßnahmen mit unternehmerischen Tätigkeiten und gemeinnützigen Aktivitäten der Diasporagemeinden erreicht werden kann. Gleichzeitig geht es darum, die Geldüberweisungen in die Herkunftsländer zu verbilligen und die Transparenz der Finanz-

ströme zu erhöhen. Das wirtschaftliche Handeln aus Diasporagemeinden in Deutschland heraus soll dadurch gefördert werden, dass der bürokratische Aufwand bei einer vorübergehenden, entwicklungspolitisch sinnvollen Tätigkeit im Herkunftsland reduziert wird und eine größtmögliche aufenthaltsrechtliche Flexibilität geschaffen wird.

**Weitere Informationen:**

Antrag „Diaspora“:

<http://dip.bundestag.de/btd/16/016/1601669.pdf>

Ansprechpartner: **Büro Thilo Hoppe**